

Leipzig NEUE

EINE LINKE ZWEIFOCHENZEITUNG

■ „Focus“-Unverschämtheit

Mit nicht mehr zu unterbietendem journalistischen Niveau versucht „Focus“ einen integren Antifaschisten und „einstigen Marxismus-Leninismus-Professor“ zu demontieren

Seite 2

■ Statt REFORM DEFORMATION

Apotheker Roßner in Grünau spürt täglich die Auswirkungen eines deformierten Gesundheitswesens

Seite 3

■ Enttäuschte Generation

Schon 1987 begann in Sachsen eine Langzeitstudie zum politischen Denken junger Leute. Die Befragungsergebnisse bis in unsere Tage geben bemerkenswerte Aufschlüsse

Seiten 8–9

5

2004

12. Jahrgang

5. März

1 Euro

Tel./Fax:

0341-

21 32 345

BESSERE ZEITEN...



Marc Ranstetter

... und sie würde ihr Lächeln wiedergewinnen!

Uns ist das Lächeln vergangen – das Kämpfen auch?

Die Lobby der Blumenhändler drängt auf den gemütlichen Muttertag. Der Internationale Frauentag hat so was Kommunistisches, Kämpferisches. Steckt ja auch diese Clara Zetkin als Initiatorin dahinter.

Und mit Feministinnen zurechtzukommen, ist mitunter erst recht schwierig. Allein diese schon Jahrzehnte währende erbitterte Aktion um das große „I“! Ich finde, das Trara darum lenkt eher von den echten gesellschaftlichen Problemen ab. Klar, mit der Sprache wird auch eine neue Wirklichkeit geschaffen, kann der Gleichberechtigung schon mal im Denken und Sprechen auf die Sprünge geholfen werden. Kann! Aber außer Wortungetümen und Verordnungen, dass amtliche Texte beide Geschlechter in ihren Formulierungen berücksichtigen müssen, ist nichts passiert. Schließlich haben die ganz und gar anders Denkenden ebenso ihre Freiheit; beispielsweise die, eine im Osten immer noch übliche „überhöhte Erwerbsneigung der Frauen“ im Zaume zu halten, sie sogar zu diskriminieren. In den Verlautbarungen der hiesigen Arbeitsagentur jedenfalls bewegt sich der Anteil der Frauen an allen Arbeitslosen bei 45 bis 50 Prozent. Weibliches Reststreben nach Gleichberechtigung erschöpft sich im Kampf um den Arbeitsplatz. Und der wird auch in Sachsen bei einer freien Stelle für 30 Arbeitslose immer härter für die Mitkonkurrentin Frau. Wer zählt die, die bereits aufgegeben haben?

Zwei Möglichkeiten hat Frau also. Erstens die vom Staat gewünschte, sich an den Herd zurückzuziehen und Kinder zu gebären oder als Oma zu betreuen. Das spült nicht gerade viel Geld in die Haushaltkasse. Aber immerhin schafft ein Kind das Gefühl, zu etwas wirklich gut zu sein – auch wenn einem dabei die Decke auf den Kopf fällt und sich irgendwann Depressionen einstellen.

Weshalb viel zu viele Frauen, die noch einen Arbeitsplatz haben, die zweite Möglichkeit wählen und sich ihren Kinderwunsch versagen, immer noch ein Jahr und noch ein Jahr warten. Bis sie zu alt sind.

Frauentag ist Kampftag, nicht zuletzt für das Recht auf Arbeit, auf ein selbstbestimmtes Leben. Vor Jahren haben wir uns voller Hoffnung darauf, gehört und verstanden zu werden, mit Trillerpfeifen auf den Augustusplatz gestellt und sogar überlegt, ob wir nicht Autobahnen blockieren, also richtig viel Trubble machen sollten. Dabei blieb es.

Was nützt die Demonstrationsfreiheit, wenn man sich dabei so hilflos wie in einer Gummizelle vorfindet.

• MAXI WARTELSTEINER

Wer A sagt müsste doch auch B sagen?

Na prima, wenn die deutschen Richter vom Bundesverwaltungsgericht in Leipzig dieser Tage so ein weises Urteil gegen einen ehemaligen DDR-Grenzer fällen, dann kommen Ahnungen auf. Meinten sie doch, dass „diese Dienstzeiten mit dem Makel der Zugehörigkeit zu einem rechtsstaatswidrigen Organ der ehemaligen DDR behaftet sind“. Das heißt, die DDR-Jahre können dem nunmehrigen 48-jährigen Amtsrat nicht angerechnet werden.

Meine ungeduldige Frage ist nun: Wenn Staatsorgane, bei denen Grenzschilder dienen, rechtsstaatswidrig sind, müsste doch nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz daraus folgen, dass die Männer vom Bundesgrenzschutz noch einige Überraschungen vor sich haben? Werden sie also, wenn ihre Zeit kommt, gar auf 0-Rente gesetzt? Weil es schließlich sehr unrechtsstaatlich wäre, ihre Dienstjahre auch nur teilweise anzuerkennen. Sind sie doch nicht nur für Wasserwerfer- und Pfeffersprayeinsätze gegen Antifaschisten, sondern auch für die Toten an den bisherigen EU-Außengrenzen verantwortlich. • WART

Für Rentengerechtigkeit jetzt!

SeniorInnen-Kundgebung vor dem
Sächsischen Landtag in Dresden
18. März 2004, 11 Uhr

- Für eine Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an den aktuellen Wert West
- Für die Beseitigung der Gerechtigkeitslücken bei der Überführung der DDR-Renten in bundesdeutsches Recht
- Gegen eine weitere Senkung der Alterseinkünfte

**Höhere Preise: LVB appellieren
an die Solidarität der Leipziger**
Fabrikate sollen Kürzungen bei Schüler-Zuschüssen gemeinsam tragen
LVZ vom 26. 2. 04

Ich weiß nicht, wie Sie es halten, aber SOLIDARITÄT übe ich mit Kuba. Mit einem Staat und einem Land jedoch, in dem den Beutelschneidern die Taschen nun sogar auf Kosten von Schülerzuschüssen für Bus und Bahn gefüllt werden, nie und nimmer! Die von den LVB und vom Springerblatt sollten, wenn wir sowieso schon die Angeschmierten sind, uns nicht auch noch verbal verarschen. • M. W.

Es gibt nur eine LEIPZIGER FREIHEIT, das Bündnis gegen braune Gewalt

Worch will mit seiner Horde am 1. Mai in Leipzig einfallen

LN. Das Bündnis „Leipziger Freiheit gegen braune Gewalt“ teilt mit, dass die „Freien Kameradschaften“ des C. Worch am 1. Mai 2004 in Leipzig „entschlossen und zielklar für eine neue politische Ordnung“ aufmarschieren wollen.

Das Bündnis wird wie zuletzt am 3. Oktober 2003 Gesicht zeigen und den Nazis entgegentreten und ruft alle Leipziger jetzt schon auf, sich aktiv daran zu beteiligen.

Der diesjährig erste Naziaufmarsch in unserer Stadt – vier weitere sind angemeldet – wird im Zeichen einer neuen Strategie und Taktik der Neonazis und Rechtsextremisten stehen. Die soziale Frage als „politischer Hebel“, „Trommelwirbel“ von Propagandaaktivitäten der „Aktionsgruppen nationaler Aktivisten“

und „Offensivkraft und Ideenfaszination des deutschen Nationalismus“ sollen ihren „Durchbruch“ garantieren. Mit offenem Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, sozialer Demagogie und Dauermobilisierung ihrer Anhänger versuchen die Braunen um Worch, die wirtschaftlichen und sozialen Widersprüche, Ängste und Unsicherheiten eines großen Teiles der Bevölkerung zu instrumentalisieren und für ihre Ziele zu missbrauchen. Mit „gnadenloser Sozialdemagogie“ – und unter Berufung auf einen „autoritären“ Staat und den „Gedanken des Nationalsozialismus“ – wollen sie „das Prinzip des Nationalstaates mit einer gesunden Volksgemeinschaft“ als Alternative zum Verfassungskonsens der parlamentarischen Demokratie erscheinen lassen.

Veröffentlichung gemäß § 8 des sächsischen Pressegesetzes

Leipzigs Neue wird vom Projekt linke Zeitung e. V. herausgegeben. Der Verein besitzt kein Kapital. Leipzigs Neue finanziert sich ausschließlich aus den Vertriebs- und Anzeigenerlösen sowie aus Spenden.

Unerhörte Geschichtsfälschung

Peter Porsch weist „Fokus“-Angriff gegen Hans Lauter zurück

LN. Der Vorsitzende der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag, Prof. Dr. Peter Porsch, hat in einem Brief an den „Fokus“-Chefredakteur Helmut Markwort auf den Artikel „Kirchensprenger für PDS“ reagiert. Darin heißt es unter anderem: Der „Fokus“ erhebt in seiner Ausgabe 10/2004 den Vorwurf, die PDS Sachsen schicke mit Prof. Dr. Hans Lauter einen „Altkommunisten“, der zu den „Hauptverantwortlichen für die Sprengung der Leipziger Universitätskirche am 30. Mai 1968“ zählt, als Kandidaten für die Bundesversammlung, die den Bundespräsidenten wählt, ins Rennen.

Hans Lauter wurde 1969 als Sekretär der SED-Bezirksleitung (BL) Leipzig abgelöst, und dies gerade wegen seiner ablehnenden Haltung gegenüber der Sprengung der Universitätskirche. In der offiziellen Begründung seiner Abberufung ist dies so umschrieben: „Wiederholt musste das Sekretariat der BL solche vom Genossen Hans Lauter erarbeitete Einschätzungen der Lage bzw. bestimmter Vorgänge und des Standes der Durchführung der

Beschlüsse des ZK korrigieren.“ ... Intern wurden Hans Lauter insbesondere seine guten Beziehungen zur Theologischen Fakultät zur Last gelegt. Ich stelle fest: Der Artikel des „Fokus“ stellt eine unerhörte Geschichtsfälschung dar. Wir haben es hier mit einer Form von Journalismus zu tun, dessen Niveau nicht mehr zu unterbieten ist.

Hans Lauter wurde von den Nazis 1936 „wegen Vorbereitung zum Hochverrat“ zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, die er im Zuchthaus Waldheim und im Moorlager verbüßte ... Er hat aus persönlicher Erfahrung und tiefer Überzeugung sein ganzes Leben in den Dienst des Antifaschismus gestellt und ist heute Landesvorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten. Daher hat die PDS-Fraktion ihn gerade in einer Zeit, in der die CDU in Sachsen versucht, mit einem bundesweit in die Kritik geratenen Gedenkstättengesetz die Verbrechen des Faschismus zu relativieren und so zu verharmlosen, für die Bundesversammlung nominiert, um damit ein klares Zei-

chen zu setzen.

Mit diesem „Fokus“-Artikel wird der Boden geistiger Auseinandersetzung verlassen. Wenn Sie es für richtig halten, das Lebenswerk eines integren, allseits anerkannten 89-jährigen Mannes... pauschal nur deshalb in den Dreck zu ziehen, um damit der PDS eins auszuwischen, werden wir dies mit der gebotenen Konsequenz zurückweisen.

Mit einem vom „Fokus“ erwähnten „Maßnahmenplan“ zur Rechtfertigung der Sprengung der Universitätskirche hatte Hans Lauter objektiv nichts zu tun. ...

Als offenbar belastend weist der „Fokus“ darauf hin, dass es sich bei Hans Lauter um einen „einseitigen Marxismus-Leninismus-Professor“ handelt. Als Kronzeugin gegen ihn wird nun heute in einem Artikel von „Bild“, der sich auf den „Fokus“-Beitrag stützt, Jutta Schrödl vom Paulinerverein zitiert, die selbst marxistisch-leninistische Philosophie studierte ... Frau Schrödl ist mittlerweile zum CDU-Neumitglied konvertiert und vorgesehen als Kandidatin der CDU für die Leipziger Kommunalwahl. ...

Tarifabschluss in der sächsischen Metall- und Elektroindustrie:

Weshalb der VSME nun doch einlenkte

mal krampfhaft einen Sonderweg durchzusetzen suchte. Der Einigung waren dramatische Stunden vorausgegangen. Am Sonnabend hatte der Dachverband Gesamtmetall zur Sonder-sitzung geladen. Dort drängten die Regionalverbände die sächsische Verbandsführung zu einem Abschluss. Wie unter vorgehaltener Hand mitgeteilt wurde, spielten vor allem zwei Motive eine Rolle: Erstens war den meisten Anwesenden klar, was auf dem Spiel steht. „Ein waidwundes Tier“ – gemeint sind die sächsischen Metaller nach dem nicht durch eigenes Versagen verlore-

nen Streik vom Vorjahr – „ist unberechenbar.“ Für Montag hatte die IG Metall Kampfmaßnahmen vorbereitet; bei VW Zwickau und bei SAS Autosystemtechnik sollte der Ausstand beginnen. Angesichts allgemeiner Empörung über den Sozialabbau drohte letztlich ein politischer Flächenbrand. Wegen innerer Differenzen muss der VSME mit einer Gegengründung rechnen. Zweitens hätten natürlich die anderen Regionalverbände bei einem für die Unternehmer günstigeren Abschluss in Sachsen als Deppen dagestanden. • G. BRAUN

Seminarthesen verabschiedet

Die Agenda 2010 und das Sozialwort der Kirchen

Wirtschaftswachstum. Damit sei Deutschland heute so reich wie nie zuvor. Die Finanznot der öffentlichen Kassen, mit der die Agenda 2010 begründet wird, sei durch politische Fehlsteuerungen selbst verschuldet und daher behebbar, z. B. durch die Rücknahme von Senkungen der Gewinnsteuern, durch Besteuerung des Kapitalverkehrs und durch weitere Steuereinnahmen wie die Besteuerung von Vermögen.

Weitere Thesen fordern eine menschenwürdige Gestaltung der Globalisierung und richten

sich gegen die Agenda 2010, die die weitere Verarmung von Erwerbslosen und deren Familien sowie die Ausweitung des Niedrig(st)lohnssektors mit all ihren Folgen vorprogrammiert.

Die Seminarparteilnehmer wollen die Kirchen ermutigen, den 1997 mit dem Sozialwort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ begonnenen Weg konsequent fortzusetzen. Gleichzeitig rufen sie die Kirchen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen auf, gemeinsam im Sinne einer sozial gerechten Gestaltung der Gesellschaft zu wirken.

LN: Das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung ist nun seit acht Wochen in Kraft. Jeder spürt am eigenen Leibe die Auswirkungen. Wie spüren Sie als Apotheker, Herr Roßner, die Wirkungen?

Roßner: Die spürte ich gleich am ersten Arbeitstag des neuen Jahres, am 5. Januar früh um viertel nach neun. Schnee auf den Gehwegen, nicht geräumt. Eine Rentnerin aus dem Wohngebiet informierte uns, dass eine Frau gestürzt war. 81 Jahre alt mit Herzschrittmacher. Sie war auf dem Weg ins Ärztehaus nebenan, weil sie eine Überweisung zum Facharzt in Lausen brauchte. Nun aber lag sie erst einmal vor Aufregung geschwächt 60 Minuten bei uns auf der Pritsche, ehe sie per Taxi nach Lausen und schließlich nach Hause gefahren werden konnte. Das wäre sicherlich nicht passiert, wenn sie sofort ohne Überweisung hätte nach Lausen fahren können.

Solchem Ärger über die Reform wird nun täglich bei unserem Apothekenpersonal Luft gemacht.

Nun gibt es viele widersprüchliche Meinungen zur Reform. Ist sie aus Ihrer Sicht notwendig?

Die Gesundheitsausgaben sind stark gestiegen. Das stimmt allerdings nur, wenn man den absoluten Wert betrachtet. Da aber das Brutto sozialprodukt gleichermaßen gestiegen ist, hat sich real nichts geändert. Die Gesundheitsausgaben betragen seit 30 Jahren konstant um die 6,2 Prozent des Brutto sozialproduktes! Die Gesundheitsausgaben könnten dennoch beträchtlich gesenkt werden, wenn der Staat auf Arzneimittel und ähnliche Produkte nicht 16 Prozent Mehrwertsteuer, sondern nur 7 Prozent kassieren würde – wie das alle EU-Staaten mit Ausnahme von Deutschland und Dänemark tun. Ebenso müssten alle Maßnahmen des Staates unterbleiben, die Einnahmen der Krankenkassen zu schmälern. Die gesetzlichen Krankenkassen haben nicht in erster Linie ein Ausgabenproblem, sondern ein Einnahmenproblem. Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger bringen wenig in die Kassen ein, erfordern jedoch oft höhere Ausgaben. Schöngerechnete Arbeitslosenzahlen helfen da nicht. Sie verschärfen das Problem nur.

Über die Zukunft des Gesundheitswesens nachzudenken, ist gewiss zu jeder Zeit wichtig. Ebenso einiges zu reformieren, wenn es Not tut. Doch diese Reform ist eine Auskehr sozialer Sicherheit mit einem eisernen Besen. Sie zielt auf die Herstellung amerikanischer Verhältnisse, wo 40 bis 45 Prozent der Bevölkerung keine oder eine völlig unzureichende Sozialversicherung besitzen.

Spüren Sie auch konkrete wirtschaftliche Folgen der Ge-

Reform oder Deformation des Gesundheitswesens?

Im Gespräch mit Pharmazierat Friedrich Roßner, Inhaber der Carl-Schorlemmer-Apotheke in Leipzig-Grünau

sundheitsreform in Ihrer Apotheke?

Natürlich. Da die Patienten durch das Gesetz angehalten waren, Arzneimittelvorräte anzulegen, gibt es in unserer Apotheke deutliche Umsatzrückgänge seit Januar. Wenn

Globalisierung der Wirtschaft ist angesagt – mit Auswirkungen auch auf die Sozialsysteme der hoch entwickelten Nationen. Wie schneidet Deutschland ab?

Zufällig habe ich eine Studie in

der Welt machen uns vor, wie es besser geht.

Will man unseren Politikern glauben, führt die Gesundheitsreform zu einem enormen Aufschwung ...

Der Aufschwung ist schon jetzt gewaltig. Allerdings bei der Bürokratie. Erste Berechnungen der Fakultät Medizin-Ökonomie an der Fachhochschule Köln ergaben Mitte Januar, dass je 10 Euro Praxisgebühr für die Krankenkassen zwischen 2 und 2,50 Euro Verwaltungskosten beim Arzt entstehen, die er zusätzlich tragen muss. Die Krankenkassen überschütten die Patienten zudem mit einer Flut an Nachweisheften, die von Apotheken, Arztpraxen, Krankenhäusern, Physiotherapeuten usw. handschriftlich zu führen sind. Und das, obwohl die darin geforderten Daten 14 Tage nach Monats- bzw. Quartalschluss lückenlos auf den Computern der Krankenkassen aufgeschlüsselt zur Verfügung stehen. Doppelte Arbeit. Ganz abgesehen davon, dass alle oben genannten Gesundheitseinrichtungen diese Daten per Computerausdruck den Patienten übergeben könnten, mit einem Bruchteil des jetzt zu bewältigenden Aufwandes. Wozu also extra Nachweishefte?

Was empfinden Sie ganz persönlich angesichts der ersten Auswirkungen der Gesundheitsreform?

Als ich Mitte Januar einer 80-jährigen Sozialhilfeempfängerin mit Diabetes, Blaseninkontinenz und Herzkrankheit ihre Medikamente und Einlagen aushändigte, konnte sie die erforderliche Zuzahlung von 25 Euro nur bezahlen, weil sie am Vortag das Weihnachtsgeld vom Sozialamt bekommen hatte, das eigentlich für andere Dinge ausgegeben werden sollte. Doch auch diese Patientin muss ihre apothekenpflichtigen, aber nicht verschreibungspflichtigen (früher: nicht rezeptpflichtigen) Arzneimittel in voller Höhe selbst bezahlen, darunter fast alle pflanzlichen Medikamente. Es tut weh, das mit ansehen zu müssen.

Zwar gibt es inzwischen schon die ersten wieder von der Zuzahlung befreiten Patienten; schwer chronisch kranke Sozialhilfeempfänger erreichen rasch das eine Prozent ihres Bruttoeinkommens. Es ist geradezu lächerlich, dass man diese ohnehin leidgeprüften Menschen überhaupt zur Kasse bittet.

• DAS GESPRÄCH FÜHRTE
HANS-JÜRGEN BERG

SO SEHE ICH DAS



Sozialhilfe für alle?

Wie unlängst zu erfahren war, meint der Präsident des Münchener Ifo-Institutes, Hans-Werner Sinn, dass Niedriglöhne Deutschland künftig europaweit wieder wettbewerbsfähig machen könnten. Die Vorstellungen des „Wirtschaftsexperten“ laufen darauf hinaus, dass die Arbeitnehmer künftig weniger Lohn von ihren Arbeitgebern bekommen und der Staat letztlich den Niedriglohn mit einem Betrag X bezuschusst. Dieser Zuschuss soll dann im wesentlichen die Sozialausgaben abdecken.

Beim Verdauen dieser innovativen „Sinn“ereien konnte ich mir ein hämisches Grinsen nicht verkneifen. Denn das ist nämlich gar keine Innovation, sondern von der ehemaligen DDR abgequackt. Wir verdienten ja in der DDR nicht allzu viel, hatten aber dafür die sogenannte „Zweite Lohntüte“, die uns zwar nicht ausgezahlt wurde, aus der aber eine ganz ordentliche soziale Grundversicherung durch den Staat gewährleistet und finanziert wurde. Die Stützung von Wohnraummierten zum Beispiel, Zuschüsse für kulturelle Einrichtungen, damit sich auch jeder Kultur leisten konnte. Die Volksbildung wurde ebenfalls daraus finanziert, damit jeder den gleichen Zugang zur Bildung hatte. Ebenso die medizinische Versorgung und Betreuung. Der gesetzliche Kranken- und Rentenkassenbeitrag konnte so bei maximal 60 DDR-Mark gehalten werden und betrug 10 Prozent vom Lohn bis zu einem Einkommen von 600 Mark. Höherversicherungen waren durch freiwillige Zusatzversicherungen jederzeit möglich. Und so konnten wir in Ruhe unserer Arbeit nachgehen, das verdiente Geld ausgeben und brauchten uns um alles Soziale keine Sorgen zu machen.

Wir waren in der DDR quasi alle „Sozialhilfeempfänger“, die einen Betrag X hinzuverdient haben, ohne das Geld dafür aufs Konto zu bekommen.

Die „Innovation“ von Hans-Werner Sinn besteht nun darin, die Sache einfach auf den Kopf zu stellen. Nicht das Wohl der Arbeitenden ist der Maßstab, sondern die noch volleren Taschen der Unternehmer. Man wird dem Bürger einen Bedarfssatz aufzwingen, davon abziehen, was er durch Arbeit verdient, und ihm ein eventuelles Defizit aufs Konto überweisen. Nicht anders wird heute beim gewöhnlichen Sozialhilfeempfänger verfahren.

Also freuen wir uns auf die Zukunft: Deutschland einig Sozialhilfeempfängerland!

• H.-J. BERG

„Die gesetzlichen Krankenkassen haben nicht in erster Linie ein Ausgabenproblem, sondern ein Einnahmenproblem. Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger bringen wenig in die Kassen ein, erfordern jedoch oft höhere Ausgaben. Schöngerechnete Arbeitslosenzahlen helfen da nicht. Sie verschärfen das Problem nur.“

diese bis März/April anhalten, dann sind Entlassungen nicht mehr auszuschließen. Ulla Schmidt will offensichtlich um jeden Preis Recht behalten. In einem LVZ-Interview äußerte sie den Satz, wonach das Gesundheitswesen in Deutschland in einigen Jahren nicht mehr wieder zu erkennen sein werde. Wenn dieses Gesetz nicht grundlegend geändert wird, dann wird das so sein, aber im negativen Sinne.

die Hände bekommen. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) der Vereinten Nationen hat die Qualität der medizinischen Versorgung im Jahre 2003 untersucht. Deutschland nimmt unter allen Ländern der Welt den 14. Platz ein. Beim Preis-Leistungs-Verhältnis findet sich Deutschland gar nur auf dem 25. Platz wieder. Das zeigt, dass Nachholbedarf besteht, allerdings mehr hinsichtlich der Qualität als bei den Kosten. 13 bzw. 24 Länder

Er ist wieder da – der 60-seitige Ausweis für Arbeit und Sozialversicherung, der uns Ostler von der Wiege bis zur Bahre begleitet – allerdings aufgepeppt durch irre Karikaturen (von Bofinger, Janokofsky, Behling, Büttner, Schrader, Otto, Henninger u. a.) und treffende Verballhornungen einstiger Eintragungen. Eulenspiegels persönlicher Beitrag zur Gesundheitsreform gibt es schon für 5 Euro. Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Ihren Buchhändler.

Peter Kaminski – Opfer und Täter des CDU-Privatisierungswahns

Fakten wider die Vergesslichkeit

VERFOLGT MAN DIE REAKTIONEN IN DER PRESSE zu den Vorgängen um den Leipziger Bürgermeister und Finanzbeigeordneten Peter Kaminski zu Wahlkampfspenden im OBM-Wahlkampf 1998 und zum Stadionneubau, so könnte man meinen, die CDU und ihre Leipziger Stadtratsfraktion gehe das alles nichts an. Tatsächlich sind aber diese Vorgänge vor allem ein Fall CDU. Auch wenn bei einer Oberbürgermeisterwahl dem Kandidaten besondere Verantwortung zukommt, wird der Wahlkampf überwiegend dennoch von der nominierenden Partei gestaltet.

STATT KLARER ANTWORTEN zu den Vorfällen gibt es inzwischen immer mehr Fragen. Auch, weil Aufklärer Gießen alles versucht, die alleinige Verantwortung dem beurlaubten Bürgermeister Kaminski zuzuschreiben.

In Ermangelung eines geeigneten Kandidaten kamen im OBM-Wahlkampf 1998 die Leipziger CDU und ihre Stadt-

ratsfraktion schließlich auf den Beigeordneten für Finanzen mit CDU-Mandat, Bürgermeister Peter Kaminski. Er wurde bedrängt, gegen den der Karrierechance wegen schnell noch in die SPD eingetretenen Wolfgang Tiefensee, vor allem aber gegen den PDS-Fraktionsvorsitzenden Dr. Lothar Tippach anzutreten. Schon im ersten Wahlgang kam Kaminski nur auf Platz 3, weshalb die nur noch peinlichen „Soviel PDS hat Leipzig nicht verdient“-Plakate auftauchten, die bekanntlich eher das Gegenteil des Gewünschten bewirkten.

BEREITS 1997 EMPFAHL der Borsdorfer CDU-Bundestagsabgeordnete Rolf Rau, für einen Stadionneubau nach privaten Kapitalgebern zu suchen. Die Stadt müsse notfalls auch neue Flächen und Stadionvarianten ins Gespräch bringen, und wörtlich: „Der Stadion-Neubau hat in Leipzig eine Chance, wenn Sport, Wirtschaft und Kultur optimal miteinander verknüpft

werden“ – was immer das heißt. Im Zusammenhang damit entstanden aberwitzige Ideen, beispielsweise, die Festwiese für eine Eigenheimsiedlung und Plätze an der Jahnallee vor dem Stadion für mehrgeschossige Handelseinrichtungen dem Investor als „Zugabe“ zu übertragen.

AUF SONDERBARE WEISE erhielt Mitte 1999 der Projektentwickler *Wirth und Wirth* den Planungsauftrag für einen Entwurf, obwohl keine Bank als Kapitalgeber benannt werden konnte. Pompös legte am 28. Januar 2000 Bundeskanzler Gerhard Schröder den Stadion-Grundstein.

RECHTZEITIG RISS DER STADTRAT (!) nach dem Hickhack um den Investor Sanbar die Reißleine und beschloss, Bau und Finanzierung des Stadions in städtische Regie zu nehmen. Obwohl der Fördermittelgeber keine Beschränkungen auferlegt hatte, beschloss der Rat vor allem auf Drängen der CDU-Fraktion zugleich,



weiter nach einem privaten Investor zu suchen. Tatsächlich tauchten wenig später die Brüder Kölmel auf. Die Verträge mit ihnen waren mehrfach Gegenstand von Ausschusssitzungen. Dabei setzten sich die Stadträte durch, die Verträge mit den privaten Investoren so abgefasst haben wollten, dass für die Stadt keine unkalkulierbaren Risiken entstehen und öffentliche Gelder erst fließen, wenn die privaten Einlagen und Kredite der Brüder Kölmel verbaut sind. Provisionszahlungen kamen *nicht* zur Sprache. Auch der Name Roland Poser ist nie gefallen. Unzweifelhaft hätte ein Provisionsvertrag von über

1 Million Euro vom Stadtrat beschlossen werden müssen.

ERST JETZT, WÄHREND DER DEBATTEN in Presse und Öffentlichkeit, konnten sich plötzlich einige Zeitzeugen erinnern, dass ein Herr Poser bei Wahlkampfauftritten von OBM-Kandidat Kaminski an den Wahlkampfständen anzutreffen war.

Was aber ist mit den unzweifelhaft im Namen der CDU ausgestellten Spendenquittungen und der Spendenpraxis von Förderkreisen für die Kongresshalle?

Es stellen sich auch neue Fragen, so die nach der Rolle von Stadtrat Walter Bullinger. Gab es Verstrickungen der CDU Leipzig mit dem VFB? Bullinger war immerhin Schatzmeister so wohl beim Kreisverband der CDU als auch beim Probstheidaer Fußballklub.

Tatsache ist, dass Kaminski als Täter gleichzeitig Opfer des krankhaften Privatisierungswahns seiner Partei ist. Für den auch sein Parteifreund und Wirtschaftsbeigeordneter Detlef Schubert steht. Der will und soll in seine Funktion wiedergewählt werden. Unterstützt der Stadtrat damit eine undifferenzierte Privatisierungspolitik, die bereits zu solchem Filz führte?

• **SIEGFRIED SCHLEGEL**

Am 27. Februar wurden im ehemaligen Messehaus Handelshof die Wettbewerbentwürfe für eine Trainingshalle des Olympiastützpunktes für Leichtathletik und Judo mit ca. 900 Zuschauerplätzen vorgestellt. Im Falle von Olympia würde sie für Vorentscheidungen im Wasserball genutzt werden, wofür zeitweilig neben dem Wasserbecken provisorische Tribünen für ca. 6000 Zuschauer errichtet würden.

Die Bewerbung von 738 in- und ausländischen Architekturbüros unterstreicht die nationale und internationale Bedeutung der Leipziger Olympiabewerbung. Sie lässt hoffen, dass in den kommenden Jahren Bauten von hoher funktionaler, architektonischer und städtebaulicher Qualität entstehen werden.

Der Olympiakordinator und Beigeordnete für Stadtentwicklung und Bau Dr. Engelbert Lütke-Daldrup betonte, dass die konsequente Einhaltung des Investitionsvolumen von 20 Millionen Euro ein entscheidendes Kriterium bei der Aus-

wahl der Preisträger war, weshalb auch einige Entwürfe von höherer architektonischer Qualität nicht berücksichtigt wurden und frühzeitig im Wettbewerbsverfahren ausschieden.

Kernstück der Halle werden eine ständig für Training zur Verfügung stehende 200m-Rundlaufbahn sowie Sprunggruben für Weit-, Hoch- und Stabhochsprung sein.

Bei Trainingshalle auf Nordanlage bereits umgesetzt:

Nachhaltige Olympiastategie

Ausreichende Umkleide-, Fitness-, Massage- und Sanitärbereiche sowie Rieräume, Wettkampfbüros und Verwaltung lassen eine optimale Nutzung im Trainings- und im Wettkampfbetrieb zu. Die neue Judo- und Leichtathletikhalle stünde neben den DHfK-Hallen auch zum Aufwärmen und zur Vorbereitung großer Wettkämpfe in der ARENA zur Verfügung.

Die von Prof. Christoph Mäckler geleite-

te Jury vergab zwei 2. Preise an die Architekturbüros *Georg Bumiller* aus Berlin sowie an *Kaup/Jesse/Hofmeyer/Werner* aus München. Zwei 3. Preise gingen an Büros aus Amstberg und Dortmund. Der Entwurf der Leipziger Architekten *Schulz und Schulz* wurde zum Ankauf empfohlen. Die Hallenentwürfe ordnen sich in das Areal Sportforum ein, ohne eine dominie-

rende Rolle einzunehmen.

Auf einem Forum am 20. Februar zum Abschluss einer Beratung des neugebildeten Fachbeirates Olympia wurde über die Entwicklung von Stadtteilen für Olympische Spiele in Barcelona und eine EXPO in Lissabon berichtet. Im Rahmen des Forums stellte Dr. Lütke-Daldrup die städtische Strategie im Rahmen der Olympiabewerbung als Chance dar, Stadtent-

wicklung und Erneuerung der städtischen Infrastruktur schneller voranzubringen. Konsequenterweise wird darauf gesetzt, im „Olympiapark“ vorhandene Sportstätten vor allem durch Sanierung zu erneuern und nur solche auch in ihren Dimensionen als feste Einrichtungen neu zu bauen, die langfristig für den Leistungs- und Vereinssport und auch individuellen Freizeitsport genutzt werden. Für Großveranstaltungen wie Olympia sollten zusätzlich nur kombinierte Bauten mit festen und temporären Bauabschnitten oder ausschließlich sogenannte „fliegende“ Bauten errichtet werden. Vorrangig soll auch auf Hallen der Alten und Neuen Messe, der Agra oder auf Gewerbebauten zurückgegriffen werden, was in Leipzig eine jahrzehntelange Tradition hat.

• **S. SCHLEGEL**

Die Schau mit den Wettbewerbsbeiträgen ist bis 13. März montags bis freitags von 11. bis 18 Uhr und sonnabends bis 16 Uhr im Handelshof geöffnet. Eingang Reichstraße über den Hof.

Anzeige



Ihr Reiseveranstalter, der links steht!

lädt ein zur nun schon traditionellen Reise der Leipziger Linken nach Elgersburg im Thüringer Wald unter dem Motto "Politik und Literatur - Tage der Begegnungen" vom 19.04. - 25.04.2004!

Das mitten im Wald gelegene Hotel „Am Wald“ - ursprünglich als Kinderheim der „Internationalen Roten Hilfe“ gegründet - blickt auf eine erfolgreiche, gute Gastgebertradition zurück. 1998 umfassend rekonstruiert und erweitert, bietet das Hotel heute allen Komfort eines modernen Ferienhotels. Zur guten Tradition gehören auch im Jahr 2004 die Tage der Begegnungen mit Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Literatur.

● **19.04.** 09.30 Uhr, ab Schwanenteich/Goethestraße Fahrt nach Elgersburg - Ankunft im Hotel ca. 14.00 Uhr - 15.00 Uhr. Das Hotel stellt sich vor (Rundgang durch das Haus mit Außenanlage und Ausstellung); Abendessen.

● **20.04. - 24.04.** Zwei Tages- und zwei Halbtages-Ausflüge durch das Thüringer Land (Glasbläserstadt Lauscha, Meiningen/Theater-Museum; Arnstadt/Kristallwelt, Bad Salzungen/Gradierwerk, Kleinhettstedt/ Senfmühle, Suhl ... Besuch beim Glasbläser ...); Gesprächsrunden, Lesungen und Betrachtungen mit Vertretern aus Politik, Kultur und Literatur (Unkostenbeitrag im Hotel zu entrichten); Thüringer Frühlingfest und Kegelnachmittag.

● **25.04.** 13.00 Uhr Rückfahrt, Ankunft ca. 17.00 Uhr.

Leistungen: Fahrt im Reisebus ab/an Leipzig; 6 Ü/HP - im DZ mit DU/WC/TV/Tel./Radio - Frühlingfest; Begrüßungstrunk; Ausflüge/Besichtigungen lt. Programm; Gruppenreiserücktrittskostenversicherung; Insolvenzversicherung.

Preis: 368,- €, Einzelzimmerzuschlag: 60,- €

Beratung und Buchung bei: Touristik und Kontakt International GmbH • Danziger Str. 168 • 10407 Berlin
Tel.: 030-42 333 30 • Fax: 030-42333 22 • www.tuk.de

Lars Kleba, Jugendkoordinator der PDS Sachsen:

Das linXXnet habe ich als die Anlaufstelle für junge Menschen in, um und bei der PDS Leipzig kennen gelernt. In meinem Job als Jugendkoordinator komme ich in Sachsen (und darüber hinaus) ja viel rum und habe selten ein derart offenes PDS-Projekt gesehen. Es ist eines der ersten Ladenlokal-Büros, in dem wahnsinnig viele supergute, vor allem inhaltliche Projekte laufen. Konkret kann ich mich an im linXXnet stattgefundene konstruktive, ergebnisreiche Sitzungen des Beauftragtenrates der PDS-Jugend Sachsen erinnern, und außerdem an die Ausstellung Tatort Stadion, an die 2003 vom linXXnet aus vorbereitet wurde.

Jan Morgenstern, Student der Politikwissenschaft, Chemnitz:

Das linXXnet habe ich als eine der positiven Erinnerungen aus der Zeit mitgenommen, in der ich mich am Mentoring-Projekt der PDS-Landtagsfraktion beteiligte. Als Mentee von Heike Werner lernte ich natürlich ihr Abgeordnetenbüro kennen. Mich beeindruckte, wie nicht nur hauptamtlich Beschäftigte und MandatsträgerInnen, sondern auch ehrenamtlich engagierte Menschen auf gleicher Ebene zusammen aktiv sind. Nicht zuletzt habe ich viele Leute kennen gelernt, zu denen ich weder den politischen noch den persönlichen Kontakt missen möchte.

Tim, Vertreter des Genua-Solidaritätskomitees (im Zusammenhang mit den Protesten gegen den G 8-Gipfel im Juli 2001), und indymedia Leipzig:

Genua 2001! Dieses Wort reicht bei vielen Menschen aus, um Erinnerungen zu wecken. Nach den Protesten gegen den G8-Gipfel in Genua und parallelen Solidaritätsanzeigen u. a. in Leipzig waren die Aktivitäten lange nicht zu Ende. Unter anderem fand sich in Leipzig ein Personenkreis, der sich für die politischen Gefangenen in Marasi (Genua) und überall engagieren wollte. Das linXXnet spielte hierbei eine entscheidende unterstützende Rolle. So konnten wir nicht nur Internet, Telefon und Fax unentgeltlich nutzen. Um wenigstens etwas Öffentlichkeitsarbeit und Informationsbeschaffung zu leisten, wurde uns im Spätsommer gar die Möglichkeit gegeben, direkt vor Ort zu fahren und die Gefangenen zu besuchen und damit auch mit dem Ermittlungsausschuss in Genua live in Kontakt zu treten. Das alles wäre ohne die direkte Unterstützung des linXXnet überhaupt nicht möglich gewesen.

Christa Hohnstein, PDS-Ortsverband Lindenau-Leutzsch:

Am linXXnet schätze ich, dass

Im März 2004 feiert das linXXnet-Abgeordneten- und Projektbüro in der Bornaischen Str. 3d in Leipzig-Connewitz seinen 4. Geburtstag.

Finanziert wird dieses „Schaufenster der PDS“ von den Landtagsabgeordneten Heike Werner, Steffen Tippach und Katja Kipping.

Das bundesweite Partiareformprojekt wird von den einen als PDS-Vorfeld-

organisation, von anderen als Modell zukünftiger Partearbeit angesehen. linXXnet organisiert seine Arbeit offen und zielt auf unmittelbare Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Prozessen ab. Mit monatlich mehr als 11 000 Besuchern und über 200 000 betrachteten Seiten ist www.linxxnet.de das populärste Internet-Angebot der sächsischen PDS.



Ein stets einladender Laden nicht nur für die Jugend, das ist die Bornaische Straße 3d in Leipzig Connewitz

4 Jahre linXXnet ...

... und eine große Gratulantschar

ich, wann immer ich komme, zu jeder denkbaren Zeit Menschen antreffe, die sich meiner Anliegen annehmen. Ob es um gemeinsame Infostände oder die Planungen von Bildungsveranstaltungen ging, mit dem jungen linXXnet-Team haben wir als ältere GenossInnen sehr gute Erfahrungen gemacht. Besonders schätze ich auch die Herzlichkeit und den solidarischen Umgang der linXXnet-Menschen miteinander.

Volker Külow, Vorsitzender der PDS Leipzig:

*Alles über den Künstler
(Von Robert Gernhard)*

*Der Künstler geht auf dünnem Eis,
Erschafft er Kunst? Baut er nur*

Scheiß?

*Der Künstler läuft auf dunkler Bahn.
Trägt sie zum Ruhm? Führt sie zum*

Wahn?

Der Künstler stürzt im freien Fall.

Als Stein ins Nichts? Als Stern ins All?

Da der 4. Geburtstag vom linXXnet mit viel Kultur begangen wird, möchte ich mich mit obigem kleinen Künstler-Gedicht in die Gratulantschar

einreihen und dem Büro eine tolle Feier und zahlreiche fröhliche Gäste wünschen. Die PDS steht im Jahr 2004 bekanntlich vor zahlreichen Herausforderungen, die wir nur gemeinsam bewältigen können. In diesem Sinne baue ich weiterhin auf gute Kommunikation und konstruktive Zusammenarbeit mit allen Strukturen in unserem Stadtverband.

**Susann Scholz
(Jugendbildungswerk e.V.):**

Herzliche Glückwünsche zum Geburtstag senden euch die Jugendbildungswerker.

Eigentlich dürften wir euch ja nicht gratulieren, haben wir doch durch Mitarbeiter des linxxnet jede Menge zusätzliche Arbeit bekommen. Denn durch eure dauernden guten Ideen, euern Elan und eure Kreativität treibt ihr auch uns immer wieder an, „zwingt“ uns zur Vernetzung („think left“) und sorgt mit dafür, dass wir in Sachsen endlich anfangen, unsere Arbeit im Bereich der linken Jugendbildung zu koordi-

nieren.

Macht weiter so. Gibt es für uns doch damit einen weiteren zuverlässigen Partner auf dem Gebiet der Jugendbildung.

**Stanislav Holubec,
Kandidat der KSCM
(Kommunistische Partei
Böhmens und Mährens) zu
den Europawahlen 2004:**

Auf Initiative des linXXnet begannen wir Anfang des Jahres 2004 die Arbeit am Projekt www.lavka.info. Dieses linke Internetportal für Politik in Mittel- und Osteuropa ist ein wichtiger Beitrag im Zusammenhang mit der EU-Ost-Erweiterung. Neben dem Informationsaustausch in deutscher, tschechischer und mittelfristig auch polnischer Sprache soll die gemeinsame Arbeit an lavka.info ebenso dazu beitragen, die Kontakte zwischen linken Akteuren aus osteuropäischen Ländern und Deutschland zu intensivieren. Mit dem linXXnet haben wir, Reformkräfte in der KSCM, einen wichtigen und impulsiven Partner gefunden!

**Lutz (DJ Lutz) Grunert von
Radio Blau (Bürger
Leipzigs auf UKW)**

Zunächst denke ich beim linXXnet an schlechten Kaffee – weiß auch nicht warum :-).

Und dann fallen mir Dinge ein, die ich so nie mitbekommen hätte, wenn ich nicht ab und zu mal vorbeischauchen würde:

1. eine feine Internetseite;
2. diverse Gespräche zur Lage

der Nation im Allgemeinen und der PDS im Besonderen;

3. als offenes „Büro“ ist es um Längen besser als das, was ich sonst von der PDS kenne;

4. wenn ich noch dazu an die Leute denke, könnte mensch fast in die Gelegenheit kommen, die PDS sympathisch zu finden – wenn es nicht wieder andere Leute gäbe, die wesentlich unbeweglicher sind;

5. ist ein Punkt, den ich einfach so noch dranhänge, weil es bestimmt verwirrt und ich mich auch da in der Gesellschaft des linXXnet befinde ...

**André Brie, Mitglied des
Europäischen Parlamentes:**

linXXnet – den Namen und Ort habe ich als Programm erlebt: links, vernetzt, modern, virtuell und real kommunikativ. Natürlich: Kein X, schon gar nicht zwei, für ein U vormachen. Seit ich da war, vergesse ich eine mir gestellte Frage nicht, nie: Welche Prinzipien und Inhalte wird die PDS für eine Regierungsbeteiligung nie aufgeben? Damals (2002) waren wir uns einig. Ich habe meine Meinung seitdem nicht geändert.

**Claudia Gohde, PDS
Bundesgeschäftsstelle –
Referat Parteientwicklung:**

Alle reden davon, dass traditionelle Parteistrukturen überlebt und unattraktiv sind. Das linXXnet probiert Neues aus. Darum ist es für die Partiareform der PDS ein wichtiger Partner. Wir haben als Partei zu wenige Erfahrungen mit wirklicher Öffnung, mit Experimenten, mit der Verbindung von Kultur und Politik. Dort wird es ausprobiert. Auch wenn mal was schief geht, so ist dieser Ansatz für die PDS doch eine unverzichtbare Quelle für Ideen und Innovation. Drum: *Schafft ein, zwei, viele linXXnets!*

**Freie Schule Leipzig-
Connewitz:**

Die Freie Schule Leipzig arbeitet seit 1990 als allgemeinbildende, zehnklassige Schule. Wir verstehen uns als offene Schule, die die vielfältigen Angebote im Stadtteil für die Kinder einbezieht. Sehr gute Kontakte haben sich im Laufe der Jahre auch zu dem linXXnet entwickelt. Unsere Kinder haben dort Ausstellungen veranstaltet und Theaterstücke aufgeführt. MitarbeiterInnen des linXXnet führen ein gemeinsames Projekt mit den Kindern durch: die Schulzeitung GNUTIEZ. Die Kinder nehmen die Angebote gern wahr, dies auch, weil die MitarbeiterInnen sehr kompetent und einfühlsam sind. Auch im Bereich der Bildungspolitik besteht eine Zusammenarbeit mit dem linXXnet. Zum einen nutzen wir die dortigen Veranstaltungen für einen regen Austausch, werden über die aktuelle Entwicklung in diesem Bereich umfassend informiert und erhalten Unterstützung bei der Durchführung eigener Projekte.



Freierstaat oder: Wie Sachsen Gewerbe fördert

LN. Ein zutiefst beschämender Vorgang: Das Land Sachsen hat seinen Rückzug aus dem Sozialprojekt „Karo“ angekündigt. „Karo“ ist eine Plauener Organisation, die Fakten für die Studie des UN-Kinderhilfswerks UNICEF zu Kinderprostitution und Frauenhandel im deutsch-tschechischen Grenzgebiet bereitgestellt hatte. Die Studie vom Oktober 2003, nach der den Sextouristen aus Sachsen und Bayern selbst Kleinkinder angeboten wurden, war bei den tschechischen Behörden auf Skepsis und Ablehnung gestoßen. Aus Prag wurde Entschuldigung verlangt. Der Bericht wurde als „Seifenblase“ und „Belletristik“ denunziert. Während ihm sächsische Behörden zunächst Aufmerksamkeit entgegenbrachten, änderte sich das nach Gesprächen zwischen Prag und Dresden. Der Bericht habe konzeptionelle Mängel, fand eine evangelische Hochschule heraus. Der Freistaat will jetzt nur noch Sextouristen vor Aids schützen. Der Kampf gegen Kindersex wird der tschechischen Seite überlassen. „Absurd“ nennt das beispielsweise die Diakonie Sachsen. Es ist ein Schlag ins Gesicht der Staatsregierung, dass nun die EU das Sozialprojekt „Karo“, an dem sie bereits beteiligt war, retten will.

Ins Schwarze getroffen

Goldene Worte Peter Porschs beim Polit-Aschermittwoch der PDS Sachsen in Chemnitz

Zur Opposition in Sachsen: Opposition deckt die Skandale der Regierung auf und diese regiert munter weiter. Das hat mir vor 35 Jahren ein Professor am Otto-Suhr-Institut ... als das Non-plus-ultra von Demokratie verkaufen wollen. Unser Anspruch sollte weiter gehen! Vor allem sind wir nämlich als Opposition für die Kritik der Mehrheitspartei und ihrer Staatsregierung zuständig. Davon sind die Skandale nur ein kleiner Teil und eigentlich Sache der Staatsanwaltschaft. Unsere Aufgabe ist das Entwickeln von Alternativen ... !

Zur Zeit der Narren: So närrisch wie unsere Politiker und Politikerinnen kann sich kein Narr und keine Närrin zwischen Bodensee und Kap Arkona, zwischen Saarland und Sachsen überhaupt noch geben. Allein was uns diese Politikerinnen und Politiker zwischen 11. 11. 2003 und heute an Närrischem beschert haben, hätten sich harmlose Faschingsnarren nicht in hundert Jahren ausdenken können. Es

stolpert und stoibert, es merckelt und schrödert. Die Narren heißen Milbradt und Clement, Eichel und Schmidt – und ihre Elferäte hecken Unsinn um Unsinn, so dass ... der Aschermittwoch nur mehr ein Gedenktag für frühere Rückkehr zur Ernsthaftigkeit zu sein scheint und kein Ende der närrischen Zeit mehr markiert.

Zu weisen Ratschlägen: Herr Professor Biedenkopf hat neulich erklärt, wir könnten alle in Wohlstand leben, dagegen stünde nur, dass wir zwar auf modernstem Stand produzieren, hingegen aber immer noch nach den Methoden des 19. Jahrhunderts verteilen. Na so was, wird er denn alt, der König, und weise? Alt wird er, der König, und blöd, hätte Hans Moser hinzugefügt.

Zur Praxisgebühr: Man könnte ja richtig froh darüber sein, dass neuerdings so viel Falschgeld in Deutschland im Umlauf ist. Das sollte man nicht aus dem Verkehr ziehen, man sollte vielmehr das falsche Geld benutzen, um die

falsche Reform zu bezahlen.

Zu Vermögenssteuer und Neid: Heute verfügen die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung über mehr als die Hälfte der Geldvermögen. Und da redet man uns ein, wer eine Vermögenssteuer und eine Veränderung der Erbschaftssteuer will, starte eine Neidkampagne.

Zu „Aleksa“: Aufgabe für die Zukunft ist es, möglichst viel von der Bildung, dem Können und Wissen der Bürgerinnen und Bürger Sachsens in Sachsen selbst zur Entfaltung und zum Nutzen zu bringen. Und jetzt sage ich voller Stolz, dass dies so wird, dafür ist ein Ros entsprungen. Ein Kind ist uns geboren, ein Kind, in das man alle Hoffnung legen kann, wenn es sich denn entwickeln kann, wofür alle einen Beitrag leisten müssen. Nicht mit Gold, Weihrauch und Myrrhe, aber mit guten Ideen. Das Kind heißt „Aleksa“. Es ist aus gutem Hause und hat einen längeren Namen: „Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen“.

Bildungsgipfel der PDS

LN. Auf Einladung ihrer Landtagsfraktion konferierten Vertreter der sächsischen Sozialisten in Dresden mit zahlreichen Gästen über die Zukunft der Schulbildung in Sachsen. Themen waren der Religionsbezug im neuen Schulgesetz (Referent Prof. Besier, Hannah-Arendt-Institut), die Debatte zur Schulbildung in der BRD und der Schulgesetzentwurf der PDS-Fraktion. Vertreter waren u. a. die GEW Sachsen, der Landeselternrat und der Landeschülerrat.

ANZEIGE

BODENREFORM

Ostdeutsche Firma, hilft Ihnen und begeistert Sie bei der Wiedererlangung Ihrer Rechte an Ihrem **Bodenreformland!**

Über 10 Jahre Erfahrung bei der Rück-
erstattung enteigneter Grundstücke in
allen ostdeutschen Bundesländern!

ImmobilienInformationsDienst und
Historische Recherchen Böden
Tel.: 0177 46 46 878
E-Mail: iid@onlinehome.de

in Bauernhand

18. Februar

Dresden. Zu den Regionen, die im Zuge der Osterweiterung der EU ab 2007 nicht mehr die höchste Förderung erhalten werden, gehören laut Entscheid der EU-Kommission Dresden und Leipzig, während Chemnitz die Förderstufe behält.

19. Februar

Leipzig. Oberbürgermeister Tiefensee beurlaubt nach Kenntnisnahme des Prüfberichts von CDU-Ermittler Giesen Stadtkämmerer Kaminski „zur Klärung der CDU-Spendenvorgänge“.

20. Februar

Dresden/Leipzig. Polizisten und Zollfahnder legen einer Bande von Rauschgiftthändlern im Raum Leipzig das Handwerk.

23. Februar

Dresden. Das Universitätsklinikum wird bis Ende 2005 über Altersteilzeit und auslaufende Verträge etwa 200 Stellen abbauen. Das betrifft Ärzte, Pflegekräfte und technisches Personal.

Leipzig. Nach öffentlichen Vorwürfen gegen den Vorstandschef der Landesbank

SACHSEN-CHRONIK

17. Februar bis 1. März

Sachsen, Michael Weiss, wegen überteuerten Leasens eines Dienstwagen, dessen privater Nutzung und anderen Unregelmäßigkeiten sowie nach bankinternen Untersuchungen prüft die Staatsanwaltschaft, ob ein strafrechtlicher Anfangsverdacht vorliegt. (Siehe auch oben.)

Berlin. Der Ostdeutsche Sparkassen- und Giroverband übernimmt die Bürgerschaft für die Sparkasse Torgau-Oschatz, die in den Jahren 2002 und 2003 wegen Ausfällen bei der Kreditrückzahlung über 60 Millionen Euro Verluste erlitt.

Johanngeorgenstadt. Die Silberbergbaustadt im Erzgebirge begeht mit einem Berggottesdienst und einem Bergaufzug ihren 350. Gründungstag.

25. Februar

Berlin. Ergebnislos endet ein Gespräch

von Ministerpräsident Milbradt und Präsident Spiegel über die Mitarbeit des Zentralrats der Juden in der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, die der Rat wegen der Gleichsetzung von Naziverbrechen und DDR-Unrecht eingestellt hatte.

25. Februar

Leipzig. Die Behörden sehen die Fertigstellung der Autobahn A72 (Leipzig–Chemnitz) bis zur Fußball-WM und der A38 (Südumfahrung Leipzigs) bis Mitte 2005 gefährdet.

26. Februar

Chemnitz. Die Bahn AG hat die Planungen für den Ausbau der Strecke Chemnitz–Leipzig wegen ausstehender Finanzmittel des Bundes gestoppt, offensichtlich infolge fehlender Maut-Einnahmen.

Dresden. Vor dem Landgericht beginnt

Regierung wusste um Landesbank- Sumpf

LN. Nachdem immer mehr zweifelhaftes Geschäftsgebahren in der Landesbank Sachsen publik geworden waren, räumte Justizminister de Maizière zunächst ein, die sächsische Regierung wisse seit drei Jahren über eine Vermischung von Dienstlichem und Privatem an der Spitze der Bank. De Maizière, der als Finanzminister 2001 bis 2002 Verwaltungsratschef der Bank war, bestätigte, dass er seinerzeit anonyme Beschwerden erhielt, die auf Missstände hinwiesen. Schließlich ging er Ende voriger Woche – behutsam allerdings – auf Distanz zu Bankvorstandschef Weiss, indem er von mangelndem Fingerspitzengefühl sprach. Er krisierte auch – Jahre nach dem Vorgang –, dass die Ablösung von Weiss Lebensgefährtin Braun als Personalchefin nur in der Form erfolgte, dass sie Chefin der Bank-Tochterfirma MDL wurde.

Andererseits verlautete nach einer Kabinettsitzung, Weiss genieße trotz der gegen ihn erhobenen Vorwürfe weiterhin das Vertrauen der Staatsregierung. „Die Welt“ hatte berichtet, dass Weiss eine 140 000 Euro teure Luxus-Limousine als Dienstwagen zu überzogenen Konditionen geleast habe. Leasinggeber war die Tochterfirma MDL. Inzwischen gibt es weitere Vorwürfe gegen den Landesbankchef. Dieser und seine Lebensgefährtin hätten private Auslandsreisen in die USA und Südafrika mit Bonusmeilen bezahlt, die bei dienstlichen Flügen gesammelt wurden. Der Bank-Sprecher Steinmeyer wird mit der Bemerkung zitiert, privater Verbrauch dienstlicher Bonusmeilen sei allen Mitarbeitern der Sachsen LB gestattet.

der Prozess gegen eine dritte Gruppe von Angehörigen der verbotenen Neonazi-Vereinigung Skinheads Sächsische Schweiz.

27. Februar

Leipzig. Das Regierungspräsidium wirft Leipzigs Kämmerer Kaminski Korruption vor und leitet ein Disziplinarverfahren gegen ihn ein.

28. Februar

Jackson / Dresden. Bundeskanzler Schröder und Sachsens Ministerpräsident Milbradt eröffnen in Jackson (USA) die Ausstellung „Der Ruhm des barocken Dresden“. Milbradt wird von CDU- und SPD-Abgeordneten begleitet, während die PDS als stärkste Oppositionsfraktion unberücksichtigt blieb.

Leipzig. Die sächsischen Grünen beschließen ihr Wahlprogramm für die Landtagswahl 2004.

29. Februar

Chemnitz. Der Verband der sächsischen Metallarbeitgeber stimmt der Übernahme der Tarifvereinbarungen zu, die in Berlin/Brandenburg mit der IG Metall erzielt wurden.

In Berlin wurde am 11. Januar 2004 ein entscheidender Schritt zur Gründung einer Partei der Europäischen Linken vollzogen. 11 der 19 anwesenden Parteien signierten den Gründungsauftrag:

Estnische Sozialdemokratische Arbeiterpartei / Französische KP / Griechische Linkssozialisten SYNASPISMOS / Italienische Partei der kommunistischen Wiedergründung (PR) / Die Linke (Luxemburg) / KP Österreichs / KP der Slowakei / Vereinigte Linke Spaniens, / KP Böhmens und Mährens / Partei des Demokratischen Sozialismus Tschechiens / PDS.
Acht weitere Parteien bleiben als Beobachterinnen

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen lud zur Diskussion mit Hans Modrow, MdEP

Wie steht es um die künftige Europäische Linkspartei?

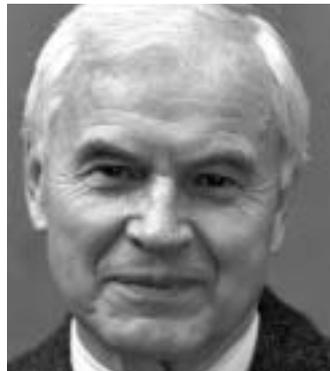
Wenn Hans Modrow kommt, reichen die Stühle nicht. „Wenn jemand soviel Zuspruch verdient, dann er“, kommentierte eine Frau, und ringsum nickten alle. Klappt der erneute Einzug der PDS ins EU-Parlament, wenn Hans Modrow nicht kandidiert? Gut, das war nicht das Thema des Abends, aber es interessierte ganz entschieden. Und die Antwort des trotz seiner 76 Jahre immer noch unermüdlich zwischen Berlin, Strasbourg und vielen Städten der Welt Reisenden tat weh. Er habe sich ja angeboten – nicht um das Mandat auf Dauer zu behalten, aber um einen Jüngeren an seiner Seite in die Geschäfte, in die vielen persönlichen Verbindungen einzuführen.

Was er mit diesen Verbindungen und Kontakten meinte, wurde im Laufe des Abends rasch klar. Man kennt sich von früher. Was übrigens auch half, dass die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau eine Heimstadt finden konnte. Anders jedoch wird künftig ohne Mandat nicht aufrecht zu erhalten sein, weder für die PDS noch für die europäische Linke.

Was nun die Europäische Linkspartei betrifft, an deren Gründungsarbeiten Hans Modrow mit vielen Gesprächen – nicht zuletzt auch dank seines Büros in Bautzen an der Nahtstelle zum Osten – intensiv

beteiligt war, so meint er, es stehe nicht schlecht um sie.

Dennoch sei die Gründung ein sensibler Prozess, der viel Fingerspitzengefühl brauche. Allein die Frage, wer die Gründung forcieren sollte, erforderte höhere Diplomatie. Sollte es eine der großen Par-



teien sein, weil ja viel Arbeit daran hängt, oder doch besser eine der kleinen, damit keine Benachteiligungen aufkommen oder vermutet werden? Man sprach miteinander und klärte das. Die stärksten Gegensätze traten dann allerdings in der Diskussion um das künftige Parteienstatut zutage. Der PDS-Entwurf, der zwar offene, aber demokratisch verbindliche Strukturen vorsah, stieß nicht nur bei den französischen Kommunisten auf Ablehnung, die eine möglichst lose,

weiter in der Diskussion mit den Unterzeichnerparteien.

Norwegen und Finnland unterzeichneten nicht, weil sie vorerst in gleicher Distanz zu Grünen und Linken bleiben wollen, die Sozialistische Partei der Niederlande hält den Gründungszeitpunkt für verfrüht, die Partito Comunismo Italiens, die Kommunistische Partei Portugals oder auch die AKEL aus Zypern wollen weiter beobachten.

Journalisten merkten an, die Konferenz sei von ungewöhnlichem gegenseitigen Respekt gekennzeichnet gewesen.

Der Gründungsparitätstag wird am 8./9. Mai in Rom stattfinden.

von einer Vorsitzendenkonferenz geführte Partei möchten. Inzwischen legte eine Arbeitsgruppe einen neuen Entwurf vor. Dennoch, vieles ist noch offen. Und die Zeit drängt. Auch, weil die Europawahl bevorsteht, vor allem aber, weil die neoliberalen Politik, die die Konservativen, die Sozialdemokraten und die Grünen in Europa betreiben, dringend eines Gegenpols bedarf. Oder die Frage, was ist mit den 50 bis 60 kommunistischen und Arbeiterparteien, vor allem der KP Russlands, der Ukraine, Portugals, die sich alljährlich in Griechenland treffen? Für Hans Modrow potentielle Partner, zu denen er persönliche Kontakte pflegt, ohne Parteiauftrag ... Oder Polen, das neue Beitrittsland. Zu marginal die einzig interessierte linke Partei. Was ist mit der Türkei? Keine Frage, dass es Parteienzusammenarbeit gibt und geben muss. Aber die EU-Mitgliedschaft selbst ist wohl doch komplizierter, als Schröder sie darstellt. Was wird dann zum Beispiel mit Russland? Bleibt es immer draußen? – Nicht nur Modrows konsequente Antworten, auch seine Fragen regen an, weiterzudenken. Höchste Zeit, meint er, die Gründungspapiere der EL wenigstens unter die PDS-Mitgliedschaft zu bringen.

• M. WARTELSTEINER

HANS MODROW exklusiv für LEIPZIGS NEUE

Meilenstein des Internationalismus

LN: Die Politik der EU-Länder – das spiegelt auch der Entwurf der EU-Verfassung wider – drängt auf eine Militarisierung der Gemeinschaft, auf eine Verschlechterung der sozialen Bedingungen, womöglich noch nach dem Vorbild der deutschen Agenda 2010, und nicht zuletzt auf eine Entdemokratisierung; Stichwort sei nur das „Direktorat“ von Chirac, Schröder und Blair. Welche Chancen hat da überhaupt noch eine Europäische Linkspartei?

Hans Modrow: Ob uns die EU-Politik gefällt oder nicht: die Gemeinschaft existiert. Was umso mehr für Linke bedeutet, die geplante Verfassung abzulehnen und gegen die militaristische und neoliberale Entwicklung der EU einen klaren Kampf zu führen.

Was die militärische Seite betrifft, so will die EU im Unterschied zur NATO die Länder der ja sogar verpflichten, ständig ihre Wehrfähigkeit auszubauen. Eine Rüstung ohne Ende also. Das andere Problem ist, dass die sich vollziehenden sozialen Reformen in keiner Weise sozial abgedeckt sind. Schröders „Reformkurs“ der Umverteilung von unten nach oben wäre durch diese Verfassung voll abgedeckt.

Für die Linke ein weites Arbeitsfeld. Der Kampf gegen die Militarisierung Europas und der Kampf gegen den Sozialabbau sind nicht nur zu bündeln, sondern in größter Gemeinsamkeit zu führen. Dabei füllt nach meinem Ver-

ständnis die die Europäische Linkspartei eine Lücke aus, die unbedingt geschlossen werden musste. Nicht zuletzt, weil die Konservativen mit schärfstem Antikommunismus in den Europawahlkampf gehen. Inzwischen haben sich die Grünen zusammengefunden und ihre Europapartei gegründet. Das alles bringt uns zusätzlich in Zugzwang, auch wenn der Prozess unseres Zusammenfindens noch nicht ausgereift ist.

Der EL werden nicht alle linken Parteien angehören, die innerhalb des Europaparlaments in der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke zusammengeschlossen sind. Spaltet das nicht doch?
In der Fraktion arbeiten 49 Abgeordnete unter dem Vorsitz des französischen Kommunisten Francis Wurtz sehr gut zusammen. Und was die Spaltung der Linken betrifft, die gibt es ohnehin. Dennoch darf und wird unsere Parteiengründung keine Abspaltung sein. Wir müssen uns offen für andere Parteien und Bewegungen halten. Die linke Fraktion wird größer sein als die EL. In der Fraktion sind beispielsweise mehrere trotzkistische Vertreter oder eben die Nordischen Grünen, die unserer Partei nicht angehören werden, die aber mit uns gemeinsam an einem Europa arbeiten, in dem Frieden und soziale Gerechtigkeit herrschen. Ein solches Europa ist möglich. Aber nicht ohne unsere neue Linksunion, die ein Meilenstein des Internationalismus sein kann.

Heute schallt uns aus Europa Einfalt und Konformität entgegen. Das Europa von Blair, Schröder und Fischer, von Berlusconi und Aznar – so unterschiedlich diese sind – ist im Würgegriff der Neoliberalen, erstickt an Krämerseelen, verrammelt seine Türen gegenüber Menschen in Not, verbannt den freien Geist aus Medien und zerstört mit einem Wettbewerb nach unten seine sozialen Grundlagen. Wohin sind wir gekommen, wenn Angela Merkel und Joseph Fischer als kreative Denker gelten und Bush junior an der Spitze der Weltmacht USA steht!

Es ist höchste Zeit, uns zuzurufen: Rettet den freien Geist, verteidigt die Kultur, baut auf den Sozialstaat, fordert Abrüstung; durch Europa soll sich ein roter Faden ziehen. Europa als Krähwinkel oder Europa der Aufklärung, Europa neoliberal oder Europa sozial, ein Europa der Kriegsbeteiligung oder ein Europa der Abrüstung. Aufklärung, soziale Gerechtigkeit, Abrüstung, dafür kandidieren Linke in Europa. In Deutschland die PDS.

Linke in Europa werden sich in einer gemeinsamen Partei zusammenschließen. Die Linke nimmt die europäische Herausforderung an. Sie tritt aus der Enge des Nationalstaates heraus. Die Linke in Europa will die Politik aus den Hinterzimmern der Macht in den öffentlichen Raum zurückholen, auf die Straßen und

Heiten bekämpfen. Das schafft Sicherheit und Stabilität. Bildung statt Bomben, ein Markenzeichen der PDS und der Europäischen Linken. Wo die anderen auf die Aktienkurse blicken, schauen wir auf die Menschen, deren Löhne nicht mehr zum Leben ausreichen, die sich nicht mehr zum Arzt trauen, deren Kinder schlechte

PDS, dass überall soziale und ökologische Mindeststandards gelten. Wo andere die Frauen in Europa in die Küchen und auf Laufstege des Glambours beschränken wollen, bestehen wir auf Gleichstellung und Gleichberechtigung.

Nicht die Freiheit der Märkte, die des Willkür der Konkurrenz und des ungezügelter Wettbewerbs haben viele Länder in Europa sich stabil und demokratisch entwickeln lassen, sondern der Gedanke, dass Eigentum sozial verpflichtet und dass Mitbestimmung der Arbeitnehmer Demokratie fördert.

Ein Europa der Vernunft soll wachsen, und es wächst von unten. Damit die Vernunft eine Chance bekommt, kandidieren Vernünftige bei den Europawahlen. Überall. In Deutschland die PDS. Vernunft ist wählbar. Die PDS ist wählbar. In der Kommune, im Land und in Europa.

• **WOLFGANG GEHRCKE**
Sprecher für Außenpolitik und internationale Zusammenarbeit des PDS-Parteivorstandes

„Wo die anderen auf die Aktienkurse blicken, schauen wir auf die Menschen“

Plätze, in die Universitäten und Schulen, in den Alltag der Menschen.

Die Partei der Europäischen Linken, die wir am 8. und 9. Mai in Rom gründen werden, ist das Neue in Europa. Wo die anderen Soldaten entsenden wollen, um angeblich Terroristen zu bekämpfen, sagt die Linke, lasst uns den Hunger überwinden, Bildung schicken, Krank-

Chancen haben, weil sie sozial benachteiligt sind. Europa, das sind für die PDS und die europäischen Linken die Menschen, ihr Leben und nicht die Bomben und Bürokraten.

Wo die anderen überlegen, welches Land in Europa am besten geeignet ist, um Umweltschutz zu unterlaufen, soziale Verantwortung auszutricksen, sich niedrige Löhne zunutze zu machen, will die

Bevor wir einige interessante langjährige Trends vorstellen, soll kurz auf die Studie eingegangen werden, aus der sie stammen.

Bei der Sächsischen Längsschnittstudie handelt es sich nicht um eine einmalige Meinungsumfrage, sondern um eine ungewöhnliche sozialwissenschaftliche Langzeitforschung. Sie wurde bereits 1987 am Zentralinstitut für Jugendforschung gestartet, in enger Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern der Universität Leipzig und der Pädagogischen Hochschule Zwickau. Auch nach der Abwicklung des Instituts wurde sie fortgesetzt. Sie verfolgt über die Wende und die Vereinigung hinweg den politischen Mentalitätswandel bei einer identischen Gruppe junger Ostdeutscher zwischen ihrem 14. und 30. Lebensjahr.

In ihrer ersten Phase vor der Wende (drei Untersuchungen zwischen 1987 und Frühjahr 1989) dokumentierte sie den zunehmenden Verfall des politischen Bewusstseins der UntersuchungsteilnehmerInnen, ihre Enttäuschung gegenüber der Politik der SED. In ihrer zweiten Phase ab 1990 begleitet sie mit bisher 14 Untersuchungswellen den Weg dieser jungen Ostdeutschen aus dem Gesellschaftssystem der DDR in das der Bundesrepublik, vom DDR-Bürger zum Bundesbürger.

Die zentrale Forschungsfrage ist, ob bzw. inwieweit nach dem Zusammenbruch der DDR mit der zunehmenden Lebensspanne im jetzigen Gesellschaftssystem eine politische Identifikation mit diesem System entsteht, welche Faktoren eine solche Bindung fördern bzw. hemmen.

An der jüngsten, 17. Welle der Studie im Frühjahr 2003 beteiligten sich 419 junge Frauen und Männer (Rücklaufquote: 71 Prozent). Ihr Durchschnittsalter beträgt 30,1 Jahre. 35 Prozent sind verheiratet (w: 44, m: 26). Die Mehrzahl von ihnen (62 Prozent) ist erwerbstätig. Die meisten TeilnehmerInnen leben in der Region Leipzig, 92 sind in die alten Bundesländer abgewandert, 5 ins Ausland.

Die Ergebnisse können mit hoher Wahrscheinlichkeit für junge Ostdeutsche dieser Altersgruppe (Jahrgang 1972/73) verallgemeinert werden; ähnliche Relationen sind auch in den benachbarten höheren Altersgruppen zu erwarten, insbesondere im Hinblick auf die Trends und Zusammenhänge. Die Studie widerspiegelt die Situation vieler junger Ostdeutscher auf ihrem langen Weg in das vereinte Deutschland. Repräsentativität für junge Ostdeutsche insgesamt wird ausdrücklich nicht unterstellt.

Die Studie wird von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt. Zunächst stellen wir einige interessante Trends vor.

Keine Zukunft im Osten!

Der schon über anderthalb Jahrzehnte laufende Trend abnehmender Zukunftszuversicht (Abb. 1) lässt bereits ahnen, welche gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen von den TeilnehmerInnen an der Studie zu bewältigen waren. In den Jahren kurz vor der politischen Wende ging die auf die DDR bezogene Zuversicht nur leicht zurück, insbesondere in ihrer einschränkungslosen Ausprägung. Die große Mehrheit glaubte selbst 1989 an eine sichere Zukunft in diesem Land, zumal am Ende der 10. Klasse faktisch alle wussten, wie es nach der Schulzeit weiter geht, dass sie Arbeit oder einen Studienplatz haben werden. Arbeitslosigkeit war damals für sie ein Fremdwort. Nach der Wende aber stürzte die auf Ostdeutschland bezogene Zu-

Die 30-Jährigen heute:

Ausgewählte Ergebnisse der „Sächsischen Längsschnittstudie“ zum langen Weg junger Ostdeutscher vom DDR-Bürger zum Bundesbürger

VON PETER FÖRSTER, LEIPZIG

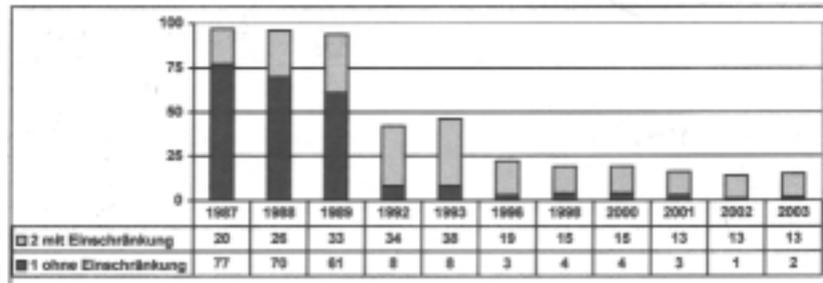


Abb. 1: Entwicklung der Zuversicht, in der DDR bzw. in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, im Trend 1987 bis 2003

• Fragetext 1987–1989 (Mai): „Ich habe in der DDR eine gesicherte Zukunft.“ Ab 1992: „Ich habe in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft.“ – Das entspricht meiner Meinung vollkommen 1, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht. Anteile einschränkungsloser (1) bzw. leicht eingeschränkter (2) Zuversicht.

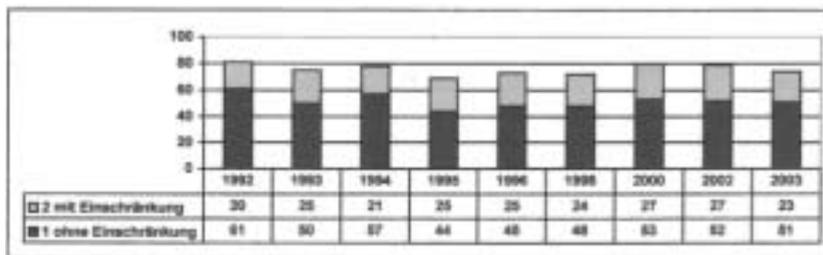


Abbildung 2: Einstellung der Panelmitglieder zur Wende im Trend 1992 bis 2003

• Fragetext: „Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist.“ – Das entspricht meiner Meinung vollkommen 1, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht. Anteile einschränkungsloser (1) bzw. leicht eingeschränkter (2) Zustimmung

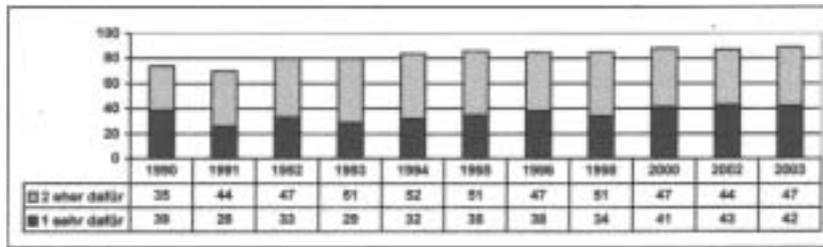


Abbildung 3: Einstellung zur deutschen Einheit im Trend 1990 bis 2003

• Fragetext: „Wie stehen Sie zur Vereinigung von DDR und BRD?“ – 1 sehr dafür, 2 eher dafür als dagegen, 3 eher dagegen als dafür, 4 sehr dagegen Anteile einschränkungsloser (1) bzw. eingeschränkter Zustimmung (2)

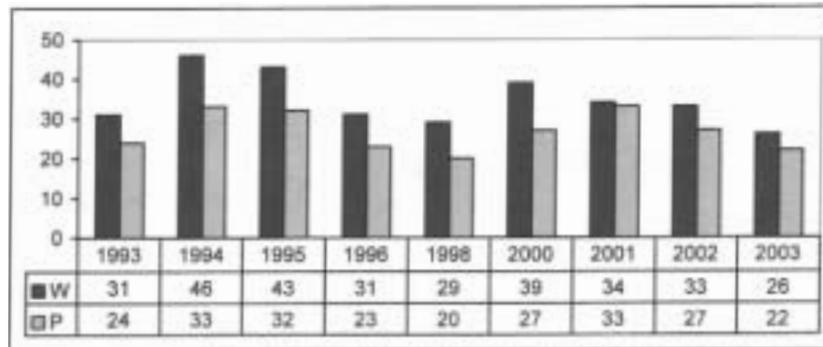


Abbildung 4: Trend der Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung (W) bzw. dem politischen System (P) zwischen 1993 und 2003, zeitgleich im Zusammenhang betrachtet

• Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie a) mit dem politischen System in der Bundesrepublik Deutschland“ und b) mit der jetzigen Wirtschaftsordnung?“ – 1 sehr zufrieden, 2 zufrieden, 3 weniger zufrieden, 4 unzufrieden. Die Häufigkeiten einschränkungsloser (1) und eingeschränkter Zufriedenheit (2) wurden zusammengefasst.

versicht geradezu ab und hat ihren Tiefpunkt vermutlich noch nicht erreicht. Tatsache ist: Immer weniger dieser jungen Frauen und Männer verbinden ihre Zukunft mit Ostdeutschland!

Wie die Studie belegt, hat die bittere Erfahrung so vieler junger Leute, dass ihre Heimat ihnen keine Zukunft bietet, auch einen hohen politischen Preis: Der regressive Trend der Zukunftszuversicht hat

zu einer erneuten Enttäuschung vom jetzigen Gesellschaftssystem beigetragen.

Kein Zurück zu den politischen Verhältnissen vor der Wende!

Für die übergroße Mehrheit der in die Studie einbezogenen 30-jährigen jungen Ostdeutschen gibt es kein Zurück zu den

politischen Verhältnissen vor der Wende. Nur eine Minderheit zweifelt daran, dass die Wende richtig war (Abb. 2).

Bei genauer Betrachtung ist allerdings nicht zu übersehen, dass zwischen 1992 und 2003 die Zustimmung zur Wende leicht, aber statistisch gesichert, von 81 Prozent auf 74 zurückgegangen ist. Hinzu kommt, dass 2002 nur 28 und 2003 sogar nur 23 Prozent die Meinung vertreten, dass die Ziele der „friedlichen Revolution“ heute verwirklicht sind.

Keine Abstriche an der deutschen Einheit

Vom Frühjahr 1990 an, also noch vor ihrem Vollzug (die TeilnehmerInnen waren damals rund 17 Jahre alt), wurde auch die Einstellung zur deutschen Einheit erfasst. Bei ihr konnte eine fast kontinuierlich wachsende Zustimmung beobachtet werden (Abb. 3).

Ab 1991 wurde der Fragetext mit dem Satz eingeleitet: „Wir hatten 1990 folgende Frage gestellt ... Wie würden Sie heute antworten?“

Ablesbar ist, dass sich der Anteil der Einheitsbefürworter zwischen Mai 1990 und 2003, das heißt mit wachsendem zeitlichem Abstand zum Beitritt (und mit zunehmendem Alter der Panelmitglieder) trotz geringer Schwankungen deutlich erhöht hat, wenn auch meist mit der Einschränkung „eher dafür als dagegen“.

Das vereinte Deutschland ist für diese jungen Ostdeutschen inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden, die – von einer Minderheit abgesehen – nicht in Frage gestellt wird. Sie haben von ihm Besitz ergriffen, anerkennen und nutzen die sich aus der Vereinigung ergebenden Vorteile pragmatisch für ihre Persönlichkeitsentwicklung, vielfach (wenn auch meist unfreiwillig) für ihre berufliche Karriere, vor allem aber dafür, die neu gewonnene Reisefreiheit zu praktizieren. Die Folgen der Vereinigung werden allerdings ambivalent beurteilt. Die Mehrheit der Panelmitglieder reflektiert seit 1992 sowohl positive als auch negative Veränderungen:

Der bis 2000 erkennbare Trend einer Zunahme der Auffassung, es gäbe mehr positive Veränderungen, scheint seit 2002 gestoppt zu sein, vermutlich auf dem Hintergrund der immer deutlicher zu Tage tretenden wirtschaftlichen Misere in Ostdeutschland.

Gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem überwiegen noch immer Skepsis und Kritik

Die verbreitete Bejahung der politischen Wende und der deutschen Einheit ist nicht gleichbedeutend mit der Zustimmung zum neuen Gesellschaftssystem. Dieses System wird auch ein reichliches Jahrzehnt nach dem Systemwechsel mehrheitlich skeptisch oder kritisch betrachtet, in jüngster Zeit in zunehmendem Maße.

Exemplarisch belegen wir das anhand der Zeitreihen zur Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung und mit dem politischen System in der Bundesrepublik, zwei zentralen Kriterien (Abb. 4). Am Trend zur Wirtschaftsordnung ist zunächst ablesbar, dass der Anteil der zufriedenen Befragten zu keinem Zeitpunkt die 50-Prozent-Marke überschritten hat. Diese 30-Jährigen stehen der jetzigen

Erneut enttäuscht!

Wirtschaftsordnung noch immer mehrheitlich kritisch gegenüber. Darüber hinaus fällt der starke Abwärtstrend der Zufriedenheit zwischen 1994 und 1998 (das heißt in den letzten Jahren der Regierung Kohl) von 46 auf 29 Prozent auf, der im Jahr 2000 (nach dem Regierungswechsel) gestoppt schien, sich danach jedoch erneut durchgesetzt hat, jetzt allerdings auf einem noch niedrigeren Niveau. 2003 äußert ein reichliches Viertel (26 Prozent) Zufriedenheit, das ist der bisher geringste Anteil seit Beginn unserer Messungen 1993!

Der Anteil der mit dem politischen System zufriedenen Panelmitglieder geht zu keinem Zeitpunkt über ein reichliches Drittel hinaus, die wenigsten davon sind sehr zufrieden (2003: ein Prozent). Zwischen 1994 und 1998 war ebenfalls ein signifikanter Abwärtstrend zu erkennen. Die erneute Zunahme der Systemzufriedenheit nach dem Regierungswechsel 1998, ablesbar an den Werten für 2000 und 2001, weicht 2002 und vor allem 2003 einem deutlichen Negativtrend. 2003 sind lediglich 22 Prozent mit dem politischen System zufrieden; weniger waren es nur 1998, vor dem Regierungswechsel!

Schon optisch ist erkennbar, dass beide Aspekte in einem engen Zusammenhang stehen: Je schwächer die Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung, desto geringer auch die Zufriedenheit mit dem politischen System; wir können hier nicht näher darauf eingehen.

Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des jetzigen Gesellschaftssystems

Die Distanz der 30-Jährigen gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem kulminiert in weit verbreiteten Zweifeln an seiner Zukunftsfähigkeit:

Tabelle 1: Einstellungen zum jetzigen Gesellschaftssystem
Das entspricht meiner Meinung vollkommen 1, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	
„Das jetzige Gesellschaftssystem wird die dringenden Menschheitsprobleme lösen.“	2000	1	9	(10)	30	32	28
	2001	1	5	(6)	28	32	34
	2002	0	5	(5)	28	34	33
	2003	1	3	(4)	26	34	36

„Das jetzige Gesellschaftssystem ist das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell.“

2000	0	7	(7)	33	29	31
2001	1	14	(15)	38	26	21
2002	1	6	(7)	31	32	30
2003	1	5	(6)	32	28	34

„Ich hoffe, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleibt.“

2001	3	15	(18)	43	21	18
2002	1	11	(12)	38	25	25
2003	1	10	(11)	32	27	30

2003 glaubt nur eine Minderheit der Panelmitglieder daran, dass das jetzige Gesellschaftssystem die dringenden Menschheitsprobleme lösen wird, die meisten (70 Prozent) zweifeln daran. Der Anteil derer, die das jetzige Gesell-

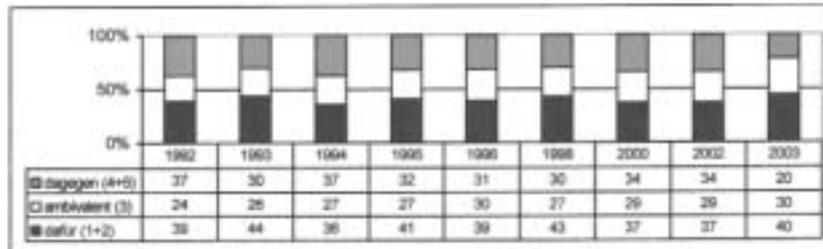


Abbildung 5: Einstellung zu einem reformierten Sozialismus im Trend 1992 bis 2003
• Fragetext: „Ein reformierter, humanistischer Sozialismus wäre mir lieber als die gegenwärtige politische Ordnung.“ – Das entspricht meiner Meinung vollkommen 1, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht. Reduzierte Darstellung, die Positionen 1 und 2 bzw. 4 und 5 wurden zusammengefasst.

schaftsmodell als das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell ansehen, stieg zwar Ende 2001 (nach den Ereignissen vom 11. September) leicht an, ging 2002 jedoch wieder zurück und bleibt 2003 ebenfalls eine Minderheit.

Die Hoffnung, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleibt, haben im Frühjahr 2003 11 Prozent, 57 Prozent erhoffen das nicht, 32 Prozent äußern sich ambivalent. Nur eine (abnehmende) Minderheit betrachtet offensichtlich das jetzige System als das „Ende der Geschichte“.

Schon Bundesbürger, aber noch immer DDR-Bürger

Überraschende Entwicklungen werden beim Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger sichtbar, der sich als ein unerwartet langwieriger Prozess erweist.

• Fragetext: „Als was fühlen Sie sich?“ a) als Bürger der ehemaligen DDR, b) als Bürger der Bundesrepublik Deutschland 1 vollkommen, 2 etwas schon, 3 eigentlich nicht, 4 überhaupt nicht

Die Identifikation mit der Bundesrepublik hat sich zwischen 1992 und 2003 nicht verstärkt.

Andererseits ist die Identifikation mit der untergegangenen DDR im Untersuchungszeitraum 1990 (Frühjahr) bis 1996 trotz des gewachsenen Abstandes zu ihrem Untergang nur tendenziell rückläufig, um danach wieder zuzunehmen. Im Jahr 2003 stimmen zwar die Prozentverteilungen bei Zusammenfassung der Antwortpositionen 1 und 2 nahezu überein, einschränkungslos identifizieren sich jedoch signifikant mehr TeilnehmerInnen mit der DDR als mit der BRD: 47 % gegenüber 35 %!

Das Zugehörigkeitsgefühl zur DDR ist bei diesen 30-Jährigen offensichtlich tiefer verwurzelt, als lange Zeit angenommen wurde. Ausdrücklich betont sei, dass es sich dabei nicht um politische Bin-

dungen an die untergegangene DDR handelt. Großes Gewicht haben dabei vielmehr tiefe lebensgeschichtliche Prägungen, das Erleben der DDR als Heimatland, die Erinnerung an eine meist sorgenfreie Kindheit und Jugend, die vielfach aufgewertet wird durch den Kontrast heutiger Alltagserfahrungen.

Vor allem die Erinnerungen an die damals erfahrene Sozialpolitik, insbesondere die soziale Sicherheit, spielen bis in die Gegenwart eine große Rolle. Das geht aus einem Systemvergleich hervor, bei dem die Panelmitglieder seit mehreren Jahren darüber urteilen, auf welchen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens es ihrer Meinung nach vor der Wende besser gewesen sei bzw. heute besser wäre. Wir führen hier nur an, was sie mehrheitlich zugunsten der DDR für besser halten: soziale Sicherheit (92 Prozent), Betreuung der Kinder (86), Verhältnis der Menschen untereinander (78), Förderung der Familie (76), Schutz gegenüber Kriminalität (61), Schulbildung (53), soziale Gerechtigkeit (51). Das sind offensichtlich jene Gebiete des Lebens, auf denen heute noch positive Erinnerungen überwiegen und die das DDR-Bild mit prägen.

Sozialistische Ideale sind nicht aus den Köpfen verschwunden

Die Distanz gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem geht mit einer leicht zunehmenden Tendenz der Identifikation mit sozialistischem Gedankengut einher. Seit 1993 ist der Anteil der TeilnehmerInnen, die an sozialistische Ideale glauben, signifikant angestiegen, damit zugleich auch der Anteil derer, die – aus heutiger Sicht – angeben, vor der Wende an sie geglaubt zu haben.

Sozialistisches Gedankengut ist trotz des Zusammenbruchs der DDR und des So-

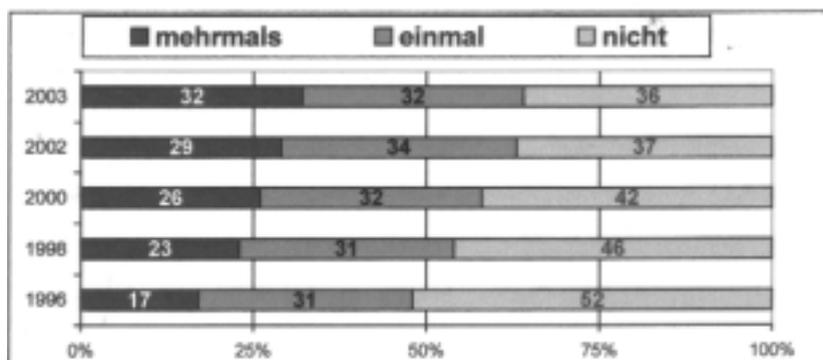


Abbildung 6: Anteil der UntersuchungsteilnehmerInnen mit eigener Erfahrung hinsichtlich Arbeitslosigkeit im Trend 1996 bis 2003

• Fragetext: „Waren Sie arbeitslos? (einschließlich eventueller jetziger Arbeitslosigkeit)“ – 1 ja, mehrmals, 2 ja, einmal, 3 nein

zialismus nicht aus dem Bewusstsein dieser jungen Ostdeutschen verschwunden. Dafür spricht auch, dass viele von ihnen (2003: 40 Prozent) für eine reformsozialistische Alternative zum jetzigen System plädieren (Abb. 5).

Die TeilnehmerInnen sind in dieser politischen Grundfrage seit Jahren gespalten, allerdings meist mit einem leichten Übergewicht der Anhänger einer Alternative. 2003 würden 40 Prozent einen reformierten Sozialismus der gegenwärtigen Ordnung vorziehen, 20 Prozent votieren dagegen, 30 Prozent äußern sich ambivalent. Die Meinungsbildung dazu hält an; in welche Richtung der Trend bei diesen jungen Ostdeutschen gehen wird, ist offen.

Entscheidender Einflussfaktor: Immer mehr machen eigene Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit

Neben der Analyse wichtiger Einstellungstrends werden auch die Einflussfaktoren untersucht, die hinter ihnen stehen. Hier kann nur der entscheidende Faktor erwähnt werden: die Arbeitslosigkeit. Informationen dazu werden seit 1996 erhoben, das heißt seit dem 23. Lebensjahr (Abb. 6).

Die angeführten Zahlen werfen geradezu ein Schlaglicht auf die Situation dieser jungen Leute: Im Jahr 2003 sind es bereits fast zwei Drittel (64 Prozent), die diese bittere Erfahrung machen mussten! Der Anteil derer, die bereits mehrmals arbeitslos waren, hat sich zwischen 1996 und 2003 nahezu verdoppelt! Dieser sehr beunruhigende Trend wird sich vermutlich fortsetzen.

Nachgewiesen wurde: Die entscheidende Ursache für die erneute Enttäuschung vom jetzigen Gesellschaftssystem ist die stark prägende Grunderfahrung Arbeitslosigkeit. Dabei spielt aber nicht nur das persönliche Erleben eine Rolle; großen Einfluss haben auch indirekte Erfahrungen im sozialen Nahbereich (Lebenspartner/Eltern/Geschwister) sowie die Wahrnehmung der vielschichtigen negativen Folgen einer weiter zunehmenden kollektiven Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Hinzu kommt bei vielen TeilnehmerInnen die weiter zunehmende Unsicherheit ihres Arbeitsplatzes.

Fazit

Die bisher vorliegenden Trends und Zusammenhänge zwingen zu der Feststellung, dass der Zeitraum von fast anderthalb Jahrzehnten nicht ausgereicht hat, um einen größeren Teil dieser 30-Jährigen politisch für das neue Gesellschaftssystem einzunehmen.

Nach ihrer Enttäuschung über die Politik der SED in der Endzeit der DDR sind die meisten von ihnen trotz grundsätzlicher Bejahung von Wende und deutscher Einheit erneut enttäuscht vom jetzigen Gesellschaftssystem, betrachten es nicht als das „Ende der Geschichte“. In der jüngsten Zeit hat diese kritische Sicht sogar deutlich zugenommen, vor allem infolge der Massenarbeitslosigkeit im Osten, die inzwischen rund zwei Drittel selbst erfahren mussten.

Literaturhinweis für Interessenten: Die Ergebnisse dieser Studie bis 2000/2001 sind dargestellt in der Publikation des Autors: „Junge Osteutsche auf der Suche nach der Freiheit“ (Verlag Leske + Budrich 2002).

e-Mail: prof.foerster@gmx.de

50 Jahre Pfeffermüller

Das Kabarett *Leipziger Pfeffermühle* feiert in diesen Wochen seinen Fünfzigsten. Es gehört zu den traditionsreichsten Ensembles der Leipziger Kulturszene. 1954 als städtisches Ensemble gegründet, wird es heute als GmbH geführt. Der Anstoß kam damals von Mitgliedern des Theaters der Jungen Welt, das im Weißen Saal der Kongreßhalle beheimatet war. Das Politisch-satirische Kabarett der Stadt Leipzig zog 1956 in die Elsterstraße und 1961 in die Räume des Bosehauses am Thomaskirchof, die 1994 komplett ausgebrannt waren. Der gelernte DDR-Bürger schätzte in den Programmen allem das Nichtgesagte, das Unterschwellige, das Zwischen-Den-Zeilen-Stehende. Auch nach der Wende ist das kabarettistische Handwerk nicht leichter geworden ... LN wünscht weitere 50 Jahre!

• B. S.

Willi-Beitz-Schau



Am Montag eröffnete die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen eine Ausstellung mit *Stadtbildern und Landschaften* von Willi Beitz in der Leipziger Harkortstraße 10. Sie ist bis 31. März geöffnet – montags bis donnerstags 9–17.30 Uhr und freitags 9–12 Uhr.

Notiz zu Christa W.

Am 18. März feiert Christa Wolf ihren 75. Geburtstag. Die Grand-Dame der Nachkriegsliteratur fesselt wohl jeden, der zu ihren Werken greift; sie zwingt zum Innehalten, zum Nachdenken. Meine erste Begegnung mit ihren Büchern liegt weit über ein Jahrzehnt zurück. Sie fand in einer unruhigen, alles umwälzenden Zeit statt – im Jahre 1990. Im Literaturunterricht. Ihr *Sommerstück* stand auf dem improvisierten Lehrplan: Die Reflexion über den Anspruch, die Welt zu verändern, und über den Glaubensverlust schien die Ereignisse der Wendezeit zu antizipieren. Dieses Buch war ein Schlüssel-erlebnis. Die Neugierde auf die Schriftstellerin wurde geweckt: Bei mir folgten *Nachdenken über Christa T.*, *Kassandra*, *Medea* ...

• BERND SELLIN

Tom Koopman hat es geschafft. Zum Abschluss seiner Einspielung aller Bach-Kantaten führte er mit seinem Amsterdam Baroque Orchestra & Choir in der Thomaskirche die Kantaten *Brich mit den Hungrigen dein Brot* (BWV 39), *Gottes Zeit ist die allerbeste Zeit* (106) und *Laß, Fürstin, laß noch einen Strahl* auf. Keine Frage, mit dieser auf die historische Aufführungspraxis gestützten Interpretation muss sich jeder beschäftigen, der künftig Bach-Kantaten aufführt. Die Zuhörer in der gut besuchten Thomaskirche zeigten sich denn auch ergriffen und spendeten viel Beifall. Mich persönlich beeindruckten vor allem die klare und farbenreiche instrumentale Gestaltung und der Bassist Klaus Mertens.

Als ich mir aber zu Hause den auf einer Mono-Platte erschienenen Rundfunk-Probenmitschnitt der Kantate *Gottes Zeit* unter Günther Ramin mit den Thomanern, dann die 1977er Stereo-Aufnahme unter Leitung von Hans-Joachim Rotzsch (beide mit Blöckflöten und Gamben) anhörte, war ich stärker ergriffen. Da schwingt ein tiefes, in keiner Weise aufdringliches Empfinden mit, das in heutigen historisch orientierten, exakten Aufnahmen so nicht immer zu

spüren ist und auch bei Koopman nicht so anrührend zu erleben war. Zu wünschen bleibt eine Gesamtaufnahme mit den Thomanern und einer auf historischen Instrumenten spielenden Gewandhaus-Formation, die die auführungspraktischen Erkenntnisse der Generation um Koopman nutzt und mit Bachscher Ausdruckstiefe vereint.

Eine Woche vor Koopman dirigierte Philippe Herreweghe ein Gewandhauskonzert. Es begann mit Bachs Suite C-Dur, die Kreuzstab-Kantate folgte. Da entstanden ähnliche Eindrücke. Viel stärker berührte mich dann die Aufführung der zweiten Sinfonie C-Dur von Robert Schumann. Um den Klang- und Farbreichtum dieses Werkes zu offenbaren, musste erst ein Spezialist für die Musik des 18. Jahrhunderts ins Gewandhaus kommen.

Mit seinem ausgeprägten Klang-sinn sorgte der Dirigent für genaue Abstimmung zwischen den und auch innerhalb der Instrumentengruppen. Wenn pianissimo oder piano für Streicher und

Erlebnisreiche Konzerte von Bach bis Strawinsky

Bläser vorgeschrieben ist, forderte er das auch von den Blechbläsern. Und die bewiesen, wie fantastisch sie auch pianissimo blasen und sich einordnen können. So war beim Einsatz aller Instrumente ein wundersamer Farbreichtum zu hören, allerdings nicht im gleichen Maße der Empfindungsreichtum des Werkes. Mit seiner eigenwilligen, Präzision voraussetzenden Dirigier-technik machte der Gast das dem Orchester auch nicht leicht.

Selten Aufgeführtes von Robert Schumann erklang im Schumann-Haus in der Inselstraße: die spanischen Liederspiele, op. 74 und 138 und das Minnespiel op. 101 nach Gedichten aus Friedrich Rückerts *Liebesfrühling*. Acht Sänger des MDR-Chores und die Pianisten Heidrun Clemen und Heiko Reintzsch boten diese in Dresden für geselliges Musizieren geschaffenen Zyklen mit bewegtem Ausdruck.

Im jüngsten Gewandhauskonzert führte der amerikanische Dirigent David Zinman das Orchester zu einer beschwingten Wiedergabe

der Suiten *Das Grabmal von Couperin* und *Meine Mutter, die Gans* (die Märchenerzählerin) von Maurice Ravel. Dann kostete er mit ihm alle klanglichen Raffinessen von *La Valse* bis zu geradezu explosiven Steigerungen aus. Mit der ausdrucksgeballten Gestaltung der vollständigen Ballettmusik *Der Feuervogel* von Igor Strawinsky entfesselte er einen Zauber, der manchen Impuls diesem französischen Meister und den russischen Novatoren verdankt, doch eine eigene faszinierende Klangwelt eröffnet.

In den Akademischen Konzerten gastierte das Studentensinfonieorchester aus dem norwegischen Trondheim im Mendelssohn-Saal des Gewandhauses. Vielversprechend spielte der noch studierende Sigstein Folgerö den Solopart von Edvard Griegs Klavierkonzert. Von Geirr Tveitt (1908–1981) verschaffte eine Suite mit Volksmelodien aus Hardanger einen interessanten Einblick in den Umgang mit Folklore im 20. Jahrhundert.

• WERNER WOLF

Im Bann surrealer Klangwelten

Krzysztof Meyer spielt Krzysztof Meyer – der polnische Komponist, Pianist und Musiktheoretiker war im Polnischen Institut in Leipzig zu Gast und zog höchstselbst am Klavier gemeinsam mit Magdalena Rezler (Violine) und Reimund Korupp (Cello) das Publikum in

den Bann surrealer Klangwelten. Er gehört zu den großen zeitgenössischen Komponisten und ist Professor an der Musikhochschule in Köln, wo er eine Meisterklasse für Komposition leitet. Magdalena Rezler entstammt einer bekannten polnischen Musikerfamilie und



lehrt als Professorin an der Hochschule für Musik in Freiburg. Reimund Korupp, Stipendiat der Royal Academy of Music in London, unterrichtet an der Musikhochschule Heidelberg-Mannheim. Meyers extravagante, expressive Kompositionen regen die Phantasie an:

Man fühlt sich in Thrillern mit den unvermeidlichen Klippenhängern und Wiesen mit Bienenschwärmen hineinversetzt. Kleine Filme spulen im Kopf ab. Die unorthodoxesten Laute werden den Instrumenten entlockt. Das Konzert hat wieder einmal gezeigt, dass das Polnische Institut in der Handwerkerpassage (Markt 10) ein Geheimtipp in Sachen Kunst und Kultur ist.

• D. M.

Die Welt als Uhr

Die Welt ist eine Uhr – wenn es nach Regisseur Philip Tiedemann geht. Er zeigt im Theater Hinterm Eisernen *Tango* (Uraufführung 1965), das Sittemgemälde des großen polnischen Nachkriegsdichters Slawomir Mrozek (Jahrgang 1930, lebt seit 1968 in Paris). Die Unruhe schwingt, wie ein Sekundenzeiger schreitend eröffnet Artur einen grotesken Reigen – den Kampf für die Wiedereinführung von Normen, die es seit Rebellion und Protest seiner Eltern nicht mehr gibt. Es herrscht Freiheit, für ihn Chaos.

Die Familie ist ihm zuwider: Pokerspiel, freie Liebe, Anhäufung von verstaubten Relikten aus verklärten Jugendtagen. Artur (Stefan Kaminsky) fordert ein neues Wertesystem ein. Die Familie ist das Ziffernblatt, auf die Mrozek's Fragenkatalog projiziert wird: Wieviel Freiheit verträgt das Individuum? Wieviel Freiheit ist möglich?

Regisseur Philip Tiedemann zeigt die Risse im Uhrwerk, teilt Seitenhiebe aus: auf die Alt-68er und auf die selbsternannten, verstummt Wendebürgerrechtler. Das Bühnenbild von Etienne



Der finale Tango: das Ende einer Rebellion, das Ende Arturs

Foto: Rolf Arnold

Pluss ist konsequent: auf der Hauptdrehbühne rotieren die angedeuteten Zahnradchen-zimmer. Stefan Kaminsky in

einer seiner stärksten Rollen: bitter-zynisch und jugendlichungestüm zeichnet er seinen Artur.

• D. M.

UNTERM STRICH

Verschwenderisch...

Fast jeden Tag verstopfen Prospekte, Kataloge, Werbebeilagen den heimischen Briefkasten. Wieviel tausend Tonnen Papier auf diese Art und Weise verworfen werden! Und was für Qualitätspapier: hochglänzend, glatt, in den schönsten Farben dieser Welt bedruckt. Und wozu? Um Waschmaschinen, die x-te Version einer Billigdigitalkamera

oder die vermeintlich neueste Mode an die Frau oder den Mann zu bringen. Dafür wird Papier verschwendet. Papier! Das erste aus fasrigen Streifen bestehende Papier wurde um 100 v. u. Z. hergestellt und zu Beginn des 2. Jahrhunderts v. u. Z. ver-

vollkommnet. Araber brachten das Verfahren später nach Europa. Die erste sicher nachgewiesene Papiermühle in Deutschland war die von Ulman Stromer um 1389 vor den Toren von Nürnberg erbaute Gleismühle. 1799 wurde die erste Papiermaschine von

Louis Robert in Essonne bei Paris gebaut.

Es schmerzt, wie diese wunderbare Erfindung für die blaue Altpapier- tonne arbeitet. Statt die Wichtigkeiten von ALDI, PENNY, LIDL zu verbreiten, könnten, wenn schon nicht ein bisschen mehr Heym oder Goethe gedruckt, so doch Wälder geschont werden!

• D. M.

Ganz anders als die unten stehend rezensierte Clara-Zetkin-Biografie ist Erhard Hexelschneiders Forschungsbericht über *Rosa Luxemburg und die Künste* ein von Achtung und Sympathie nicht nur für das Werk, sondern auch für die souveränen Ansichten dieser Frau getragene Arbeit. Wie der Titel schon sagt, geht es im Konkreten nicht um Allerweltsansichten, sondern um die zur Musik, die ihre „Lebensluft“ war, zur Malerei, die sie selbst autodidaktisch betrieb und doch viel zu wenig Zeit dafür hatte, zur schönen Literatur, denn Schreiben war ihr natürliches Element. Welchen Reichtum die Künste für diese Revolutionärin bedeuteten, drückt ganz hervorragend eine Stelle aus einem Gefängnisbrief an Luise Kautsky aus, die Hexelschneider als Motiv voranstellte: „Aber wenn die gesamte Welt aus den Fugen geht,

3. Rosa-Luxemburg-Forschungsbericht

„...die ganze Sache durchleben“

dann suche ich nur zu begreifen, was und weshalb es passiert ist, und hab' ich meine Pflicht getan, dann bin ich weiter ruhig und guter Dinge. Ultra posse nemo obligatur (über sein Können hinaus ist niemand verpflichtet (E. H.)). Und dann bleibt mir noch alles, was mich sonst erfreute: Musik und Malerei und Wolken und das Botanisieren im Frühling und gute Bücher und Mimi und Du und noch manches – kurz ich bin steinreich und gedenke es bis zum Schluss zu bleiben.“

Zugegeben, als ich den schlichten Papp-Band zur Hand nahm, tat ich das erst einmal nur aus Rezipienten-Disziplin. Aber dann las ich mich fest an diesem scheinbar spröden, von Prof. Hexelschnei-

der akribisch und mit außerordentlich viel Wissen und Wissbegier aufgearbeitetem Stoff. Zudem fühlte ich mich stellenweise ganz persönlich angesprochen, beispielsweise wenn die scharfe Polemikerin und exzellente Stilistikerin über den von ihr gehassten Ton der Parteipresse schreibt: „Es ist ja alles so konventionell, so hölzern, so schablonenhaft ...“ Ihr Credo dagegen: „Ich glaube, ... daß die Leute beim Schreiben meistens vergessen, in sich tiefer zu greifen und die ganze Wirklichkeit und Wahrheit des Geschehens zu empfinden. Ich glaube, daß man jedes Mal, jeden Tag, bei jedem Artikel wieder die ganze Sache durchleben, durchfühlen muß, dann würden sich auch frische,

vom Herzen und zum Herzen gehende Worte für die alte, bekannte Sache finden.“ – Ach ja. Ich kann nur empfehlen, zu lesen, was Rosa über Keller, Schiller, Tolstoi, Dostojewski oder Gorki dachte, wie die Kunstliebhaberin mit ihrer Korolenko-Übersetzung in eine „schönere“ Welt eintauchte und dabei mit ihrem einleitenden Essay „Die Seele der russischen Literatur“ die Entwicklung der russischen Literatur mit der russischen Befreiungsbewegung verknüpfte.

• M. WARTELSTEINER

Erhard Hexelschneider: *Rosa Luxemburg und die Künste. Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte, Heft 3. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2004. 230 Seiten einschl. Personenregister*

Clara-Zetkin-Biografie:

Antipathie wird fast auf jeder Seite deutlich

Endlich ist in Deutschland wieder eine Zetkin-Biografie erschienen (die letzte stammte von Luise Dornemann), die den Anspruch erhebt, „sich politischer Indienstnahme zu entziehen“. Die Archive in Berlin und Moskau waren zugänglich. Es ist eine ausführliche, „mentalitätsgeschichtlich orientierte“ Biographie, deren Grundlage die Habilitationsschrift der Autorin ist – daher auch die z. T. komplizierte wissenschaftliche Sprache.

Vor dem Hintergrund des historischen Kontexts, des sozialen Milieus, der kulturellen Traditionen und der Wertbilder der Herkunftsfamilie wird Clara Zetkins Leben analysiert: von den „Sozialisierungen in Kindheit und Jugend“ bis zu den letzten Jahren von „Resignation und innere Emigration“, über die „Lehrjahre in der internationalen Arbeiterbewegung“, wobei besondere Aufmerksamkeit der Weimarer Zeit und der Rolle Zetkins – „einer revolutionären Konservativen“ – in der KPD gewidmet wird.

Beim Lesen entsteht allerdings der Eindruck, die Autorin wolle partout ihre These beweisen, Clara Zetkin sei eine „ihrem bürgerlichen Zeitalter verpflichtete Persönlichkeit“, autoritär, undemokratisch, spießig, antifeministisch, mit totalitärer Weltanschauung. An manchen Stellen

wird Zetkin einfach selektiv zitiert (Zetkins Schrift „Der Student und das Weib“ wird

kaum reflektiert), bei den „beispielhaften Frauen“ wird die außergewöhnliche Frühsozialistin und Feministin Flora Tristan nicht einmal erwähnt (die von Zetkin in ihrer Geschichte der proletarischen Frauenbewegung porträtiert ist), und es wird mit Klischees wie „Parteidisziplin à la russe“ gearbeitet.

Verhehlte der französische Historiker und Germanist Gilbert Badia seine Sympathie für Clara Zetkin nicht (von „apologetisch-heroisierenden Absichten“ kann allerdings in seiner Zetkin-Biografie nicht die Rede sein!), so verhehlt die Autorin ihre Antipathie für Clara Zetkin kaum.

Wer sich mit der Initiatorin des Internationalen Frauentags und Vertreterin der proletarischen Frauenbewegung – zugleich Pädagogin, Literatur- und Kunsthistorikerin, Journalistin und Rednerin – auseinandersetzen will, greift doch am besten zu Badias Biografie (diets-Verlag Berlin 1994), die ebenfalls die Archive in Berlin und Moskau berücksichtigt.

Die Lektüre von Zetkins Thesen zum Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit und zur gewerkschaftlichen Organisierung oder zum Faschismus bleibt weiterhin spannend. Die Herausgabe des Gesamtwerks Clara Zetkins steht leider noch aus.

• FLORENCE HERVÉ



„Die Kommunistin“ war Organ der KPD, herausgegeben vom Reichsfrauenreferat. Gegründet und unter ständiger Mitarbeit von Clara Zetkin, der Initiatorin des Internationalen Frauentages.

Tània Puschnerat: *Clara Zetkin: Bürgerlichkeit und Marxismus. Eine Biographie. Klartext-Verlag Essen 2003. 463 S., 29,90 Euro*

Seit Jahren begeistert der nikaraguanische Befreiungstheologe und Ex-Minister der sandinistischen Regierung Ernesto Cardenal mit seinen Auftritten Christen und Nichtchristen, Dritte-Welt-Gruppen und Bürgerrechtler. Steht doch der Katholik mit dem weißen Haar für glaubwürdige Übereinstimmung von engagierter Theologie und politischem Einsatz und den sich daraus ergebenden Aktivitäten.

Solentiname, eine Inselgruppe im großen See von Nikaragua, mutet geradezu paradiesisch an. Hierher zog sich Cardenal seit dem Abschluss des Theologie-

Ernesto Cardenal:

Glaubwürdige Übereinstimmung von engagierter Theologie und politischem Einsatz

studiums und der Priesterweihe immer wieder zurück. Hier rief er eine besondere kontemplative Gemeinschaft ins Leben. Es begann 1966, als er zusammen mit zwei Mitarbeitern in der Nähe einer verfallenen Kirche eine klösterliche Gemeinschaft aufbaute. Den Weg hierher und die Jahre in Solentiname beschreibt Cardenal in seinem zweiten Erin-

nerungsband. Eine wichtige Etappe seines Weges ist für ihn ein Aufenthalt in einem Priesterseminar in den kolumbianischen Anden. Die hier entstandenen Texte machten ihn weltbekannt. Obwohl seine politische Prägung damals noch gar nicht so eindeutig war, legen die „Psalmen“ doch Zeugnis ab von drängenden politischen Fragen und Konflikten,

die ihn quälten.

Vor allem die jungen Männer von Solentiname werden Revolutionäre. So ergaben sich auch die Kontakte zur sandinistischen Befreiungsbewegung FSLN. Die nachhaltige Auseinandersetzung mit der Samoza-Diktatur forderte den Widerstand geradezu heraus. Samoza rächt sich. Seine Truppen zerstören das Kloster völlig, die Männer müssen fliehen. Eine neue Etappe beginnt ...

• HERMANN GERATHEWOHL

Ernesto Cardenal: *Die Jahre in Solentiname. Erinnerungen, Bd. 2. Peter Hammer Verlag, Wuppertal. 320 Seiten, 9,25 Euro*

NEUERSCHEINUNGEN

FRÜHJAHR 2004

Rudolf Hickel: Sozialstaat im Abbruch. Die neoliberale Offensive. Kritik und Alternative. Konkret Literatur Verlag. 200 S., 15 Euro.

Der Autor entlarvt die Rechtfertigungen der Strategien zum weiteren Abbau des Sozialstaates. Die Stärkung der Eigeninitiative entpuppt sich als intensiviertere Abhängigkeit von Kapitalstrategien und als wachsende Armut. Künftig dominieren die Risiken der internationalen Kapitalmärkte. Es werden gangbare Alternativen zur neoliberalen Offensive aufgezeigt. – Erscheint im April.

Ulrich Sander: Die Macht im Hintergrund. Militär und Politik in Deutschland von Seeckt bis Struck. PapyRossa Verlag. 180 S., 12,50 Euro.

Anhand offizieller und offiziöser Quellen weist der Autor nach, dass eine von äußerst rechten Militärs angeführte militärische Elite wieder maßgeblichen Einfluss auf die Politik gewonnen hat. – Erscheint im März.

Michael Klundt (Hrg.): Heldenmythos und Opfertau. Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen im deutschen Gedächtnis. PapyRossa Verlag. 180 S., 13 Euro.

Die Autoren setzen sich mit der Neubewertung auseinander, die den grundlegenden Unterschied zwischen Opfern und Tätern einebnet und die deutschen Leiden ins Zentrum stellt. – Erscheint im April.

Nähe und Ferne. Deutsche, Tschechen und Slowaken. Edition Leipzig. 160 S., 140 Abb., 24,50 Euro

Trotz positiver Ansätze auf unterschiedlichen Ebenen ist das Verhältnis zwischen den drei Völkern nicht konfliktfrei. Die Schatten der Vergangenheit bestimmen bis heute den Dialog zwischen ihnen. Der von Historikern und Publizisten verfasste Band ist das Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung ab März 2004 im Zeitgeschichtlichen Forum in Leipzig und anschließend im Haus der Geschichte der BRD in Bonn. – Erscheint im März.

Heiko Mallwitz: Trainer zwischen den Welten – Bernd Stange. Mitteldeutsche Verlagsanstalt. 300 S., zahlr. farb. Fotos, 19,80 Euro.

Das Buch mit einem Vorwort von Franz Beckenbauer unterscheidet sich von den üblichen Biografien durch Texteinblendungen zahlreicher weiterer Personen, u. a. Matthias Sammer, Andy Thom, René Müller, Peter Ducke, Konrad Weise, Harald Irmscher, Lothar Kurbjuweit, Hans Meyer, Eduard Geyer und Jürgen Nöldner. Bernd Stanges Trainerstationen sind, wie das Buch belegt, einmalig für einen deutschen Trainer. – Erscheint im März.

KALENDERBLATT

Vor 60 Jahren ermordet

Anna Ebermann

In Berlin-Weißensee, Gürtelstraße 11, erinnert eine Gedenktafel an Anna Ebermann, Arbeiterin und KPD-Mitglied. Am 10. Februar 1891 bei Würzburg geboren, war sie als einfaches Parteimitglied engagiert gegen die tödliche faschistische Gefahr aktiv gewesen. Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur stellte sie ihre Wohnung für illegale Treffs antifaschistischer Widerstandskämpfer zur Verfügung. Wegen regimiekritischer Äußerungen denunziert, wurde sie verhaftet und am 7. November 1943 zum Tode verurteilt. Dabei legte man ihr zur Last, dass ihre Tochter und ihr Schwiegersohn zur bereits verhafteten Widerstandsgruppe um Herbert Baum gehörten. Am 17. März 1944 wurde Anna Ebermann im Zuchthaus Berlin-Plötzensee hingerichtet. Ihre Kinder erlebten die Befreiung vom Faschismus, für die ihre Mutter gewirkt hatte und deshalb ermordet wurde.

• K. SCH.

Alfred Kowalke

Alfred Kowalke, am 11. April 1907 in Rummelsburg bei Berlin geboren und seit 1925 Mitglied der KPD, wurde 1931 Mitarbeiter des ZK der KPD. Um der Verhaftung durch die Gestapo zu entgehen, musste er im November 1933 nach Prag emigrieren, von wo aus er die antifaschistische Widerstandsarbeit im Inland, insbesondere in Bremen, Chemnitz, Danzig, Dortmund, Halle und Leipzig, unterstützte, wozu er sich oft monatelang illegal in Deutschland aufhielt. Später leistete er von Holland aus Hilfe für die Formierung des Widerstandes der KPD im Rhein- und Ruhrgebiet. Im Februar 1943 wurde er verhaftet, und im November desselben Jahres zum Tode verurteilt. Am 6. März 1944 starb er im Zuchthaus Brandenburg-Görden unter dem Fallbeil.

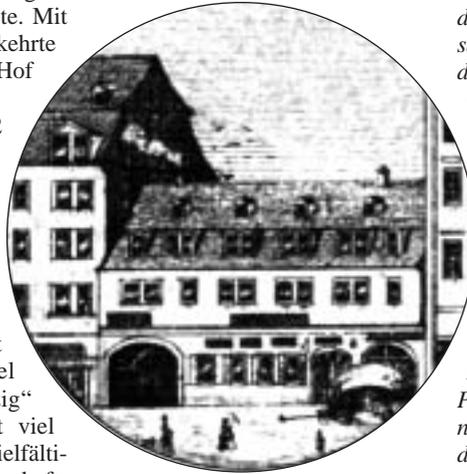
Am Tage seiner Hinrichtung schrieb Alfred Kowalke in einem Brief an seine Frau Gerda: „Es ist heute so schönes Wetter, eine Lerche sang mir heute morgen vom kommenden Frühling, schade, ich hätte ihn so gern mit Dir erlebt, aber es wird auch ohne mich Sommer werden.“

An den Widerstandskämpfer erinnern in Berlin, Boxhagener Straße 51, eine Gedenktafel und in einer Kleingartenkolonie an der Rummelsburger Bucht, die seinen Namen trägt, ein Gedenkstein.

• KURT SCHNEIDER

Im November dieses Jahres wird es 220 Jahre her sein, dass der Student Johann Paul Friedrich Richter auf Grund seiner Armut das Studium an der Alma mater Lipsiensis abbrechen und vor seinen Gläubigern aus Leipzig fliehen musste. Mit erfrorener rechter Hand kehrte er zu seiner Mutter nach Hof zurück.

Richter, der sich ab 1792 Jean Paul nannte, wurde – dreizehn Jahre nach Goethe – am 19. Mai 1781 in Leipzig als Theologiestudent immatrikuliert. Die von ihm in Leipzig geschriebenen Briefe – im Lehmsstedt Verlag unter dem Titel „Hungerjahre in Leipzig“ erschienen – geben mit viel Witz und Ironie einen vielfältigen Einblick in die gesellschaftlichen Beziehungen der weitgehend durch die von der Universität geprägten reichen Stadt. Er hatte Logis in der Petersstraße im Gasthof „Zu den drei Rosen“ und zahlte für sein Zimmer, das er – wie in Leipzig weithin üblich – zur Messe räumen musste, „nur 16 Reichstaler“. Für 18 Pfennige konnte er zu Mittag essen. Die Stadt fand er schön, aber weniger ihr Umland. Über das Leben in ihr schrieb er: „Die Mode ist der Tyrann, der diese Stadt beherrscht, alles gleisselt und schimmert von aussen – so die Studenten –, aber von innen fehlt es an Kopf und Herz.“ Zu den Professoren der Univer-



Gasthof „Zu den drei Rosen“

sität geben die erstmalig in selbständiger Form veröffentlichten Briefe mancherlei Auskunft. So über Prof. Platner, der für ihn „unstreitig einer der besten Philosophen Deutschlands“ ist. Prof. Hommel, der nach seinem Tode „drei bis vier Tonnen Golds“ hinterließ und den er als „vorzüglichen Juristen“ und ebenso „scharfsinnigen Philosophen“ preist, habe sich um Sachsen verdient gemacht, indem er es erreichte, „dass die Infamienstrafen aufgehoben worden sind, dass die Tortur, diese schwarze Geburt der Unwissenheit, und

Jean Paul als Student in Leipzig

des Fanatismus, und der Grausamkeit in kursächsischen Ländern abgeschafft ist – und dass die Anzahl der Hinrichtungen der Menschen gering ist“.

Zugleich klagte er, dass es nicht leicht sei, Zutritt bei den Professoren zu erhalten.

„Diejenigen, die eigentlich berühmt sind, und deren Liebe mir nötig genug wäre, sind von einem Haufen Geschäfte umringt, von einer Menge von andern vornehmen Personen ..., von einem Schwarm niederer Schmeichler umlagert, dass jeder den nicht sein Kleid und sein Stand empfiehlt, nur erst mit Mühe ihr Bekannter wird.“

Für Richter war es daher für „die Menge von armen Studenten, die sich durch den Hunger auf ihrem Gesicht so leicht verraten“, schier unmöglich, in einen näheren Kontakt zu kommen.

Richter meint, dass damals die Leipziger Universität „nicht viel große Männer“ gehabt habe, sondern „überal nur mittelmäßige Leute“. Für ihn war die Professorenschaft „das burleskeste Volk“, das „Originaltorheiten“ besitzt. „Einen Professor nach dem Leben zu malen! gewiss, das wäre der zweite Don Quichot und sein Famulus sein Sancho Pansa.“

Richter, arm an Geld und reich an Verstand, urteilt mit gesellschaftskritischem Blick: „Die Stutzer bedecken die Strasse, bei schönen Tagen flattern sie herum wie die Schmetterlinge. Einer gleicht dem anderen, sie sind wie Puppen im Marionettenspiele, und keiner hat das Herz, Er selbst zu sein..., beschäftigt mit Essen und seine Seele mit Nichtstun, bis er ermüdet einschläft. Wen nicht seine Armut zwingt, klug zu sein, der wird in Leipzig der Nar, den ich jetzt geschildert habe. Die meisten reichen Studenten sind dieses.“

Vieles findet sich in den Briefen über seine Schulden, die den tagtäglichen Lebensunterhalt betreffen, über seine kaputte armselige Kleidung und die fortwährende Bitte an seine Mutter, ihm in seiner Not mit Geld zu helfen. In Leipzig fällt sein Entschluss, Schriftsteller zu werden, kommt es zu seinen ersten verzweifelten Versuchen, Manuskripte bei Verlegern unterzubringen – immer in der Hoffnung auf ein Honorar zur Milderung seiner Not –, aber auch zur ersten Buchveröffentlichung 1783 „Grönländische Prozesse“ bei Voß in Berlin. Doch erst nach etwa zehn Jahren gelang ihm der Aufstieg zum allseitig anerkannten und beliebten Schriftsteller.

• KURT SCHNEIDER

Jean Paul: Hungerjahre in Leipzig. Briefe aus der Studentenzeit 1781–1784. Lehmsstedt Verlag Leipzig 2003. 152 S., 14,90 Euro

„Soldaten gegen Demokraten“

Ereignisse des Revolutionsjahres 1848
im Zeitzer und Weißenfeler Land

Angeregt durch den Artikel in LN 3/04 „Bergarbeitermarsch nach Zeitz im Feuer von Schupos“ sandte uns GÜNTHER RÖSKA nachstehenden Beitrag.

Zu Beginn des Jahres 1848 gab es in den zahlreichen deutschen Kleinstaaten eine Menge politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zündstoff. Die aufrüttelnden Nachrichten von der Februarrevolution in Frankreich setzten auch auf deutschem Gebiet rasch einen revolutionären Prozess in Gang. Das Bürgertum meldete seine politischen Rechte an. Forderungen nach Überwindung der feudalstaatlichen Zersplitterung, nach einem einheitlichen deutschen Nationalstaat in Form einer Republik sowie nach demokratischen Freiheiten wurden laut. Auf den Bauern lastete die „Ablösung“. Die Not wurde noch verstärkt durch Missernten der Jahre 1845 und 1846. Im Jahr 1847 kam eine Wirtschaftskrise hinzu. Die Menschen hatten schwer darunter zu leiden. Einen Höhepunkt der Revolution von 1848 bildete die Stra-

ßenschlacht der Berliner Bevölkerung gegen das Militär am 18. März und die von den Barrikaden-Kämpfern erzwungene Ehrung der gefallenen Revolutionäre durch den preussischen König Friedrich Wilhelm IV. am Folgetag.

Am 20. März 1848 stürmten in Zeitz, das damals wie Naumburg und Weißenfels zu Preußen gehörte, Handwerker (vor allem Weber), Arbeiter und Jugendliche die Moritzburg. Mit Äxten, Brechstangen und Hämmer wurden die Tore aufgebrochen und die Einrichtungen der königlichen Korrektsions („Besserungs“-)anstalt – wie Haarspinnerei, Wollkämmerei, Weberei sowie die Schuhmacher- und die Schneiderwerkstatt – zerstört. Lebensmittel und Rohstoffe sowie Fertigwaren und Halbfabrikate wurden geplündert und verteilt. Die wirtschaftliche Not war die Triebkraft des Handelns der Handwerker gegen die königliche Korrektsionsanstalt, die als unheilvolle Konkurrenz angesehen wurde.

Berichten zufolge war in Zeitz in

Sturm auf die Zeitzer Moritzburg
Holzschnitt: Johannes Lebek

diesen bewegten Tagen ein reges politisches Interesse erwacht. Politische Vereine sollen gegründet, Massenversammlungen abgehalten und Demonstrationen durchgeführt worden sein. Grund und Boden sollte zum allgemeinen Eigentum der Menschheit erklärt werden. Der Zeitzer Kaufmann Tischmeyer, so heißt es, wurde zu einem demokratischen Kongress nach Berlin delegiert. Auf dem Altmarkt soll eine Karikatur des Königs aufgehängt und der Prorektor Dr. Kahnt verprügelt worden sein. In Weißenfels bildeten sich mo-

bile Kolonnen, die den Bahnhof besetzten, um Militärzüge nach Berlin aufzuhalten. In Zeitz, Weißenfels, Stößen, Osterfeld, Teuchern und Schkölen schuf man Sicherheitsausschüsse, welche die städtischen Behörden kontrollieren sollten. In Hohenmölsen und Schkölen wurde die königliche Kasse beschlagnahmt.

Auch auf dem Lande kam es zu Unruhen. In Meineweh scheint eine der treibenden Kräfte der Bewegung der Lehrer Karl Friedrich Neumann gewesen zu sein. Unter seiner Leitung bildete sich eine Bürgerwehr mit Fahnen und Trommeln. Auf der großen Kirschplantage, dem heutigen Parkgelände, wurde eifrig exerziert. Neumann, der hier auch eine Baumschule

angelegt hatte und als Förderer des Volksliedes geschildert wird, wurde als Wahlmann aufgestellt. Die Fahnenweihe vollzog der cand. theol. Lechla. Die Bürgerwehr entfaltete auch eine rege Aufklärungsarbeit unter den zur Landwehr einberufenen Bürgern und hielt sie davon ab, dem Gestellungsbefehl zu folgen. Infolge des Erstarkens der republikanischen Bewegung tauchten auch in Meineweh Truppen des Generals Schack auf. Die Worte des Preußenkönigs wurden in die Tat umgesetzt: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten.“

Was nun – SPD?

Diese Frage stellt sich für viele SPD-Wähler, besonders für jene, die 2002 glaubten, Gerhard Schröder ihre Stimme geben zu sollen, um Ärgeres – in Gestalt von Edmund Stoiber – zu verhindern.

Inzwischen durch den Sozialabbau, genannt Reformkurs, ernüchtert und oft ratlos, nimmt man den Verzicht auf den Parteivorsitz durch Medienkanzler Schröder und die Berufung Franz Münteferings zum künftigen Vorsitzenden ernüchtert zur Kenntnis. Auch wenn Müntefering als „sozialdemokratisches Urgestein“ hochstilisiert wird und seinen roten Schal wehen lässt, bleibt Vorsicht geboten. Denn er ist sich einig mit dem Kanzler, keine Abstriche des Reformkurses zuzulassen, da die Einschnitte in das Sozialsystem alternativlos seien. Was man tun müsse, sei die Vermittlung der Agenda 2010 zu verbessern, dann werde man den Absturz in der Wählergunst auf 24 Prozent und die Austrittswelle in der Partei stoppen können. Hier offenbaren die Parteiobere, dass sie eine exakte Analyse scheuen und dass für sie symbolische Inszenierungen, visionelle Personifizierungen, optische Gags mehr zählen als Wahlversprechen. Ihre Entscheidungen in Regierung und SPD geraten mehr und mehr in Abhängigkeit zu Presse, Funk und Fernsehen.

Diese Inszenierungen an der

Parteispitze, das unveränderte „Basta!“ von Schröder, verfestigt die Meinung, das sei der Anfang vor Ende der Regierung, spätestens 2006.

Die Ursachen für dieses Debakel liegen tiefer. Die Schröder-SPD verabschiedete sich vom Nimbus einer sozial-orientierten Partei, verlässt ihre eigenen Wurzeln und hat sich längst von der Arbeiterbewegung verabschiedet. Ein Vorgang, der mit Godesberg 1959 schon markiert wurde. Heute orientiert man sich an den von Gerhard Schröder und Tony Blair programmatisch festgeschriebenen neoliberalen Prinzipien „Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten“ (1999). Beide Partei- und Regierungschefs unterwarfen sich der von den transnationalen Konzernen geprägten Globalisierung – einer Entwicklung mit wenig Gewinnern, aber vielen Verlierern. Der strategische Rahmen von New SPD und New Labour verheißt: Deregulierung, Umgestaltung des öffentlichen Sektors durch Privatisierung, niedrige Besteuerung der Unternehmen, Marktflexibilität, Reduzierung der Sozialleistun-

gen. Das alles erhöht die Belastungen und die Risiken der Bürger. Hier liegen auch die Gründe für die Flucht der sozialdemokratischen Klientel sowie der Stamm-Mitgliedschaft der SPD, die Lockerung der traditionellen Bindungen zu den Gewerkschaften und Lohnabhängigen. Die Folge sind die Schwächung der Linken, die Rechtsverschiebungen in der BRD und Europa, sich abzeichnende Veränderungen im politischen Raum wie vermutlich der Parteienlandschaft.

So ist die Abwahl des Kabinetts Schröder, bei Fortsetzung seines sozialreaktionären Kurses, nur eine Frage der Zeit. Eine Erholung der SPD in der Opposition, wie nach den Sturz von Helmut Schmidt, erscheint wenig wahrscheinlich. Was Not tut ist, dass die Linke rasch ihre Zurückhaltung und Zersplitterung überwindet und einen Block mit Globalisierungsgegnern, Gewerkschaften, oppositionellen Sozialdemokraten und politisch-kulturellen Gruppen als Alternative zum Neoliberalismus auf den Weg bringt.

HELMUT ARNDT, LEIPZIG

Konsens zwischen Birthler und PDS-Bürgermeisterin?

Unter der ND-Überschrift „Konsensobjekt Gedenktafel“ erfuhr ich, dass die Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Lichtenberg Christine Emmrich (PDS) und die Bundesbeauftragte für MfS-Unterlagen Marianne Birthler Mitte Januar gemeinsam feierlich eine Gedenktafel an einem ehemaligen Haus des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR enthüllten. Auf der Tafel steht: „Hier befand sich 1950 – 1990 das Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Es sicherte durch politische Willkür, Terror und Überwachung der Bevölkerung die Diktatur der SED. Am 15. Januar 1990 besetzten Bürgerinnen und Bürger diesen Gebäudekomplex.“

Ich war 35 Jahre Mitarbeiter des MfS, zuerst in Berlin, dann in Leipzig. Wir haben die DDR gesichert – nach außen und nach innen, das war ja wohl notwendig – nicht aber die „Diktatur der SED“. War alles Willkür, Terror und Überwachung? Sicher haben wir Fehler gemacht. Allerdings ist die Zahl der letztlich Bestraften gering. Und

diese Bestrafungen wären schon eine Überprüfung wert, ob sie wirklich alle Unrecht sind.

Ist also nur wieder eine MfS-Kampagne fällig? Die letzte mit den „Killerkommandos“ ist wie viele andere vorher gegen den Baum gegangen.

Ein Hohn ist zudem die „Besetzung“ des ehemaligen MfS am 15. Januar 1990. Da haben Vandalen gehaust.

Die Gedenktafel ist Teil der Abrechnung mit der DDR. Sie vollzieht die seinerzeit vom Justizminister und vorherigem Chef des Bundesnachrichtendienstes Klaus Kinkel geforderte Delegitimierung der DDR. Macht da nundie PDS, wenn auch nur in Gestalt von Bezirksbürgermeisterin Emmrich, auch mit?

Allen, die es nicht besser wissen, aber besser wissen wollen, empfehle ich das Studium der Bände „Die Sicherheit“. Sie geben über die Tätigkeit des MfS ehrlich und ungeschminkt Auskunft.

CLAUS BRÜNING

Vor dem Renovieren meiner Wohnung musste ich unlängst auch das Bücherregal ausräumen. Da gab es so manche Wiederentdeckung. Zum Beispiel den Thriller „Der Märtyrer“, recherchiert und aufgeschrieben von Jürgen Petschull, erschienen 1986 in 1. Auflage bei Hoffmann und Campe, Hamburg, zwei Jahre nach den tatsächlichen Vorfällen im Nahen Osten.

Die Renovierungsarbeiten waren vergessen, ich entstaubte das Buch und las mich fest. Ein junger Libanese, Hussein Ali-Bakir, will seine von US-Amerikanern bei einem Bombenangriff auf Beirut getötete Familie rächen, gerät in die Geheimorganisation Dschihad Islam (Islamischer Heiliger Krieg) wird zum Selbst-

Heiliges Land ohne Frieden

mordattäter vorbereitet und gilt als ein „Zeichen für alle Kämpfer im Libanon und im gesamten Nahen Osten für eine Revolution nach dem Vorbild des Umsturzes im Iran“.

Bald ist Ali-Bakir im Visier der CIA und des israelischen Geheimdienstes Mossad, aber auch Spielball zwischen rivalisierenden arabischen Organisationen.

Nicht so sehr die spannend geschriebene Story war es, die mich die Renovierungsarbeiten erstmal vergessen ließ. Ich erinnerte mich an ein Kneipengespräch mit einem palästinensischen Studenten von der Alten-

burger Agrar-Fachhochschule. Das war ungefähr 1987 oder 88. Als ich ihn auf die Nah-Ost-Krise ansprach, sagte er mir mit Bestimmtheit: „So lange die Israelis unsere Dörfer besetzen und unser Land nehmen, wird es Krieg geben. Stelle dir vor, irgendwelche Leute stürmen deine Wohnung. Was tust du?“

Es vergingen zwei Tage, ehe ich die Renovierung meiner Bude fortsetzte. Ich las das Buch zu Ende. Und dachte, beim Lesen der aktuellen Zeitungsberichte aus dem Nahen Osten: „Tja, was würdest du tun?“

EKKEHARD FRITZ

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion

Konzern-Sponsoring über die Werbung?

Das funktioniert bei einem linken Blatt aus beiderseitiger Abneigung nicht.

Alljährliche Preiserhöhungen muten wir Ihnen nicht zu.

Finanzieren müssen wir uns dennoch!

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ
860 555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima
Geschenk für Freunde, Bekannte,
Nachbarn ...

Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein

Geschenkabonnement ist

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ausgefüllten Bestellschein bitte an

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündige.

- Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN



Dienstag, 9. März, 18 Uhr, Leipzig

Vortrag und Diskussion: *Grundschulreform und Chancengleichheit*.*** Mit Prof. Dr. Marlies Hempel (Potsdam, Hochschule Vechta)

Harkortstr. 10

Mittwoch, 10. März, 19 Uhr, Leipzig

Film, Vortrag und Diskussion: *GlobaLE 2004: Wiedergeburt des Liberalismus – Neoliberalismus und IWF*. Mit Prof. Dr. Sarkis Latchinian (Leipzig). Film- und Diskussionsabend gemeinsam mit Attac Leipzig

UT Connewitz, Wolfgang-Heinze-Str. 12a

Donnerstag, 11. März, 18 Uhr, Leipzig

Zur Reform der Rentenversicherung – Notwendigkeit und Alternativen für künftige Rentnergenerationen.*** Mit Prof. Dr. Ernst Bienert (Berlin)

Harkortstr. 10

Sonnabend, 13. März, 9.30–11.30 Uhr, Dresden

Gedenkveranstaltung zum 110. Geburtstag von Otto Grotewohl. Mit Prof. Dr. Horst Schneider (Dresden)

Rathaus/Festsaal, Dr.-Külz-Ring 19

Mittwoch, 17. März, 19 Uhr, Dresden

Gerechte Ungleichheit? Nachhaltige Modernisierung im Bildungswesen. Soziale Polarisierung und der Leistungsgedanke in Schule und Gesellschaft. Mit Jochen Matern (Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Berater für Bildung und Wissenschaft der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag)

HATIKVA, Pulsnitzer Str. 10

Mittwoch, 17. März, 18 Uhr, Chemnitz

Ist sozialistischer Kapitalismus möglich? Erfahrungen und Schlussfolgerungen aus zwei Gesellschaftssystemen. Mit Dr. Klaus Blessing (Berlin)

Kabarettkiste, An der Markthalle 8, Hedwigshof

Mittwoch, 17. März, 15 Uhr, Chemnitz

Was haben Bürgerinnen und Bürger von der Osterweiterung der EU zu erwarten? – Top oder Flop auf dem Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa. Mit Thomas Westphal, Dresden (gemeinsam mit der Seniorengruppe Chemnitz der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft)

Begegnungsstätte Scheffelstr. 8

Donnerstag, 18. März, 17.30 Uhr, Leipzig

Russische Rechte und jüdische Frage Anfang des 20. Jahrhunderts bis 1917.*** Mit Dr. Sonja Striegnitz (Berlin). Kostenbeitrag: 1,50 €

Harkortstr. 10

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

Zum Internationalen Frauentag

am 8. März 2004

übermitteln wir allen Frauen und Mädchen in Lößnitz unsere herzlichen Glückwünsche

PDS-Basisorganisationen Lößnitz I, II, III



Bund der Antifaschisten e. V. – Sitz Leipzig –

Der Bund der Antifaschisten Leipzig lädt ein zur Eröffnung der Fotoausstellung

Die Brücke von Varvarin

mit Fotos und Texten der Pressefotografin Gabriele Senft

am **Sonnabend, 13. 3., 11 Uhr**,
im Stadtteilzentrum Messomagistrale,
Straße des 18. Oktober 10a

Einführende Worte von Frau Dr. Maxi Wartelsteiner,
Chefredakteurin von LN



Liebe

Sigrid Remele

Zu deinem

75. Geburtstag

am 5. März

wünschen wir dir
Gesundheit und alles
erdenklich Gute

Deine Genossinnen und
Genossen der
PDS-Basisorganisation
Lößnitz II

Deutscher Freidenker-Verband

Leipzig, Gottschedstr. 31(HH)

18. 3., 16.30 Uhr: Quo vadis, Europa? Vortrag und Diskussion mit Eberhard Bertram

Initiative Christliche Linke

8. 3., 18 Uhr, Gemeindesaal der Nikolaikirche Leipzig, Gesprächsrunde mit Siegfried Knopfe: *Christen und Marxisten. Nähe und Distanz*

Cuba – nicht nur eine Messe wert

Geschichten aus Cuba,
vorgestellt von Chris Doerk

Freitag, 19. 3., 19 Uhr,
Halle 5 e. V., Windscheidstr. 51

Eintritt: 5 Euro

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im März neu bei uns:

Andre Steiner: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR. DVA, 19,90 €

Pierre Boom, Gerhard Haase-Hindenberg: Der fremde Vater. Aufbau Verlag, 22,50 €

Eric Frey: Schwarzbuch USA. Eichborn, 24,90 €

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71

www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:

FSD PhR Friedrich Roßner

Fachapotheker für

Allgemeinpharmazie

Karlsruher Straße 54

04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58

Arzneimittel-Information

Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91

Büro / Apothekenleiter



Unsere liebe Oma, **GERDA UHLIG**,
wurde am 16. 3. 1934 geboren. Zu ihrem

70. Geburtstag

gratulieren wir ihr von ganzem Herzen und wünschen ihr Gesundheit, Kraft, Mut, Glück und eine schöne Geburtstagsfeier ganz in Familie im Hotel „Am Wald“ in Elgersburg.

Jozsef im Namen aller Enkel, Kinder und deren Partner



Die Lüneburger Heide in ihrer ganzen schönen Vielfalt muss man erleben und das im Kreise von Freunden. Ausflüge in die nahegelegenen Städte, an die Elbe, an Orte, wo Antifaschisten gewirkt und gelitten haben, runden unsere Fahrten ab.

Noch sind Plätze frei. Wo?

Natürlich im

„Wohn- und Ferienheim Heideruh e.V.“

Ahornweg 45

21244 Buchholz i.d.N.

Telefon: 04181-8726

Telefax: 04181-281142

www.heideruh.de

Unser Motto: Dass niemals geschehe, was einmal geschah.

Nachruf

Tief betroffen nehmen wir Abschied
von unserer Genossin

Käthe Höhne

geb. 30. 8. 1918 gest. 14. 2. 2004

Die PDS-Grundorganisation
Grünau-Ost

15.03.2004, 19.00 Uhr, Leipzig, linXXnet, Bornaische Str. 3d

aus der Reihe: Demokratischer Sozialismus – Fragen und Antworten

„Im Westen was Neues. Das veränderte Verhältnis
zwischen Europa und den USA“

mit **Wolfgang Gehrcke** (Mitglied des Parteivorstandes der PDS)

Moderation: Steffen Tippach, Mitglied des Sächsischen Landtages
veranstaltet vom linXXnet-Abgeordnetenbüro/ Projekte/ Initiativen

J(Schr)ecken ohne Ende

die Deutschen feierten Karneval

In längst vergangener Zeit gab es im Dorf Windischleuba bei Altenburg ein Oberschulinternat, eingerichtet im mittelalterlichen Schloss des durch Selbstmord aus dem Leben geschiedenen Nazis Börries von Münchhausen. Dort feierten die 120 Heimbewohner jedes Jahr einen zünftigen Fasching, organisiert durch die Schüler der jeweiligen Abiturklassen. Im Jahre 1960 wählte der Elferrat, der sich nicht dem rheinischen Karneval verpflichtet fühlte, als Motto des Narrentreibens „Es kommen alle in die Hölle.“ Folgerichtig trat der „Prinz Karneval“, ausstaffiert mit einem aus dem Landestheater Altenburg entliehenen Mephisto-Kostüm, als Teufel auf, im Gefolge das „Festkomitee“ in roten Flammenkutteln. Das Faschingsmotto wurde durchgesetzt, obwohl der Internatsleiter den Leitspruch „Der Sputnik – ein Meilenstein zum Sozialismus“ favorisierte. Nitt möchlich in der Dedeär? Doch, doch!

In Köln hieß dieses Jahr der Wahlspruch des Karnevals: „Laach doch ens – et weed widder wäde!“ (Lach doch mal – es wird wieder werden!) Er erinnert an Durchhalteparolen wie „Das kann doch einen Seemann nicht erschüttern“ und „Davon geht die Welt nicht unter“ aus einer zugegebenermaßen schlimmeren Zeit.

War hier ein Ideologe der SPD am Werke? An wen richtete sich die Aufforderung? An das verunsicherte Volk? An den kipplig stehenden Kanzler?

Die diesjährigen Rosenmontagszüge kritisierten deftig die Politik von Rot-Grün. Das lockt heute aber höchstens noch Journalisten aus der Reserve, die davon Meinungsfreiheit ableiten. Eigentlich ist alles bekannt und wird von den Medien jeden Tag strapaziert. Nur ändern wird sich grundsätzlich nichts.

Gelacht wurde viel an den drei tollen Tagen – herzlich, aber auch folgsam,

manchmal routinemäßig, teilweise gequält, so in den Prunksitzungen am Rhein. Langweile und Entsetzen konnte beim Fernsehpublikum wahrlich nicht ausbleiben angesichts der niveaulosen Programme, die sich vorzugsweise unter der Gürtellinie tummelten, und beim gehorsamen geistlosen Helau-Geschrei unter aufschreckendem Tusch-Gedröhne.

Der getretene Kleinbürger, das verkannte Genie, schlüpft zum Karneval in eine Wunschrolle und tobt sich seinen Frust von der Seele. Träume werden wahr – vital und zackig in Uniform, stark und edel als Indianer (es gibt natürlich nur Häuptlinge), reich und mächtig als Ölscheich, wild wie ein Wikinger. Und die Frauen putzen sich heraus, als gelte es Schönheitswettbewerbe zu gewinnen. Das Ziel ist die Fernsehkamera, die großzügig alle ins Bild bringt. Da erblasst die Nachbarin, die keine Karte erwerben konnte, vor Neid am Fernsehschirm.

Wer sich nicht im Schunkeltakt hin- und herzerren lassen will oder die schweißigen Hände des Hintermannes auf seinen Schultern im Polonnaiszug ablehnt, ist ein Miesepeter und Spielverderber.

National überheblich und latent rassistisch passt irgendwie auch zu den Rosenmontagszügen. Im Düsseldorfer „Zoch“ lief eine große Gruppe schwarz angemalter wilder Gestalten, kostümiert als Kannibalen oder unzivilisierte „Neger“ (?).

Auch wenn das närrische Treiben der Fasching-Hooligans nicht den erhofften wirtschaftlichen Aufschwung brachte –

die Gastronomie erhielt einen Umsatzschub. Auch die Süßwarenbranche konnte sich freuen. In Köln flogen allein 140 Tonnen Süßigkeiten, darunter 700 000 Tafeln Schokolade, in das Millionenspazier entlang dem Rosenmontagszug.

In Leipzig fuhr der Rosenmontagszug bereits am Sonntag durch die Innenstadt,



denn montags gibt es nicht arbeitsfrei wie in den rheinischen Karnevalshochburgen. In LVZ-Umfragen zeigten sich die Karnevalisten ziemlich unzufrieden ob der mangelnden Lebensfreude und gebremsten Fröhlichkeit der Leipziger. Der Humor ist eben manchem Hiesigen bei den vielen Skandalen vergangen, meinte die Gattin eines Faschingspräsidenten. War es so oder war es nicht so, der OBM jedenfalls hielt sich ebenfalls fern. Und die Leipziger wollen halt nicht grundlos und nur auf Befehl lustig sein. Mancher sächsischer Prinzenverein macht allerdings den Eindruck, als wenn er die Rheinländer überholen wollte, ohne einzuholen.

• M. BOLS

Weiter mit Limericks

Seit unserem Aufruf zum Jahresbeginn häufen sich die **LIMERICKS** in unserer Redaktion. Wir drucken alle. Nur Geduld. Heute ist erst einmal Prof. Dr. **BERND KOENITZ** dran. Er dankt Manfred Bols auch schön für den Spaß und die Anregung.

Es reimte der Bols jüngst „in Englisch“. War der mit dem Reim nisch

so pinglisch?

Ward ihm „Taiga“ zu „Tiga“?!

Sagt er „Raiga“ für „Riga“?!

Manfreds Antwort: „Das seh' isch

so eng nisch!

Und wie verlangt, noch einen politischen (zu Öko-

logie/Tierschutz – mit Vorrang vor sozialen, insbesondere Frauenrechten):

Bols speist Tiger mit Girls bei den Letten.

Dacht', so könnt' er die Spezies retten.

Nimm die Taiga statt Riga!

Denn bedroht sind die Tiger

bei Sibiriern weit mehr als bei Letten.

Wanderungen durch Neufünfland

In den Wäldern trifft man heutzutage weniger Fußwanderer als Autofahrer. Der Fortschritt rollt, die Zukunft rückt näher. Unlängst aber signalisierte uns ein Thüringer Wandersmann, dass dort die Vergangenheit wieder auf dem Vormarsch sei. Also stürmten wir gen Gera. Dort hatte man 1997 eine „gütliche Vereinbarung“ getroffen, die jetzt unter Drohungen gekündigt worden war. Die Stadt und Heinrich XIII. Prinz Reuß hatten damals die Ausstellungsfläche des städtischen Museums aufgeteilt: Soviel Gera, soviel Reuß! Nun klagte der Adel: Die Übereinkunft wurde gebrochen und deshalb wird Wiedergutmachung gefordert! Die äußert sich in „Rückerstattungen“. Zum Beispiel sei das

Otto-Dix-Bild „Kleiner Bergsee im Frühling“ augenblicklich herauszurücken. Alles in allem geht es um schlappe 15,5 Millionen Euro inklusive einiger mit adligen Gebeinen gefüllter Säрге. In letzter Stunde verlaute, der Bürgermeister von Gera und der Prinz hätten sich getroffen und

Die drohende Rückerstattung von Särgen

miteinander geredet. Alle atmeten auf. Offiziell hieß es, das Treffen habe 90 Minuten gedauert. Man rechnet mit einem neuen Reuß-Projekt, das das Verwaltungsgericht am 24. März prüfen soll.

Wir machten uns aus dem Staub. Allerdings gemessenen Schritts, denn einer in unserer Runde ist nahezu 80 und nicht mehr so flink. Dafür weiss er viel. So riet er uns, Richtung Berlin zu wandern, um dem Tierpark einen Besuch abzustatten. Viel-

leicht wird der nämlich bald geschlossen. Der Alte erinnerte sich einer Versammlung mit Wilhelm Pieck, der vor Jahrzehnten einen Tierpark empfohlen hatte, damit auch ein Arbeiter seinen Kindern Elefanten zeigen kann. Ein Ausflug in den Westberliner Zoo käme ihm durch den 5:1

Wechselkurs zu teuer. Inzwischen geht es weniger um Arbeiter als um Arbeitslose und die Eintrittspreise sind längst über alle denen gesetzte Grenzen geklettert. Wilhelm Pieck würde sich im Grabe undrehen, würde ihm jemand erzählen, dass Sozialisten den jüngsten Eintrittspreiserhöhungen zugestimmt haben.

Also: Der Tierpark ist in jeder Hinsicht sehenswert.

• KLAUS HUHN

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

In diesem deutschen Parlament gibt es Würstchen, die sind den Mostrich nicht wert, den man draufstreicht.

Kabarettist Schramm, ARD 12. 2.

Die Dresdner Musikfestspiele wurden 1978 als hochrangiges Festival klassischer Musik in der DDR mit Erfolg etabliert. Die Entscheidung, sie jetzt „abzuwickeln“, passt ... in die Kultur, „unpolitisch“ einer Stadtverwaltung, die vom Flair Dresdens nichts begriffen zu haben scheint. Da wird die Krönung der Frauenkirche vorbereitet und als Klangkörper stehen dann nur noch die Kastelruther Spatzen zur Verfügung.

Aus Leserbriefen
Sächsische Zeitung 14. 2.

Ich verstehe nicht, warum in die EU-Verfassung nicht der Gottesbezug und nicht die christlichen Werte aufgenommen wurden. Und nun kommen auch noch die ganzen armen Schlucker dazu.

Ein Anrufer, DLF 16. 2.

In der BRD hat ein Arbeitsvermittler bisher im Durchschnitt 800 Arbeitslose zu betreuen. Der Kanzler hat als Ziel ein Verhältnis von 1:75 gesetzt.

DLF 19. 2.

• GEFUNDEN VON
MANFRED ERBE



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
V.i.S.P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: leipzig_neue@t-online.de

Internet: www.leipzig-neue.de

Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung:
BERGdigital, Hans-Jürgen Berg,
Ziegelstraße 7c, 04420 Markranstädt.
Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062
E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
3. März
Die nächste Ausgabe erscheint am
19. März